

Der Arbeiter

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Wingerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich Sonntag und Montag, mit Ausnahme der Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Hans Meber, O. m. b. H., Verantw. für Politik u. Wirtschaft: Arthur Wollenburg, für den isolierten Teil: Wilhelm Krimm, für Redaktionen u. Inserate: Carl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Bestellanzeige 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgebildete ist der bei Zahlung vorliegende Leiste. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Besondere nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 1010 Wernigerode 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 106

Mittwoch, den 7. Mai 1930

5. Jahrgang

Die Sphinx.

Fragen über allerhand Geheimnisse der Reichswehr.

Im Haushaltsausfluß des Reichstages löste die Sozialdemokratie an dem Reichswehrminister wegen seiner Unbürgerlichkeit scharfe Kritik.

Hg. Stücken (Soz.)

Stellte als Berichterstatter zunächst fest, daß die Erparnisse des Reichs, über die sozial gesprochen worden ist, in Wirklichkeit ungenügend wären. In dem neuen Etat würden jene damals geschätzten Summen gänzlich wieder angefordert. Wirkliche Erparnisse wären nur möglich, wenn man z. B. die Zahl der Kavallerie-Regimenter — heute 18 — in ein geführtes Verhältnis zu der Zahl der Infanterie-Regimenter — heute 21 — brädte und um die Hälfte kürzte. Genaugenaht sei der Antrag eines Beschlusses beim Reichsministerium selbst. An Arbeitern seien gegenwärtig 7200 Hände und 1300 nichtfähige Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Daß die Reichswehr jetzt schon ihre Waffen nicht mehr selbst bewache — wie der Leipziger Vorkrieg zeige — gehe zu weit. Die Bewachung müsse Angehörigen der Soldaten sein. Erforderlich sei vor allem auch, daß eine ausreichende Anzahl Offiziersstellen für aufzuziehende Leute aus dem Mannschafsstände zur Verfügung gestellt würden. Nur so komme frisches Blut in den Offiziersstand, der jetzt bereits nationalsozialistischen Zellen zeige.

Hg. Dr. Leber (Soz.)

beschäftigte sich als erster Diskussionsredner einleitend mit den verschiedenen Vorkommnissen des letzten Jahres, der nationalsozialistischen Zellenbildung.

Er fragte den Wehrminister, ob es möglich sei, daß heute noch entgegen den Informationen des Wehrministeriums in den Mannschafsstämmen der Reichswehr und auch in den Offiziersstämmlern fast ausnahmslos Jugenbergs-Blätter ausliegen. Er kritisierte ferner den außerordentlich hohen Pferdebestand, die Zahl der für Übungen wieder drei Millionen M. mehr angefordert sind und kündigte hier Streichungsanträge an. Dann ging er zu dem ominösen Kapitel 15 (Waffen und Munition) über, kritisierte dieses Kapitel als außerordentlich bedeutend und unübersehbar. Es sei keine Kapelle, das am meisten zu einer Krise hervorzurufen müsse an der Möglichkeit des Staats. Denn die rund 75 Millionen Mark, die die deutsche Reichswehr für Waffen und Munition ausgeben, finden in gar keinem Verhältnis zu den Ausgaben anderer Mächte. Sogar die

alle kaiserliche Armee habe nicht so große Summen gebraucht. Und gerade diese Mittel berechneten zu einer außerordentlich wichtigen Frage. Seit Monaten gebe in der Öffentlichkeit hauptsächlich außerhalb Deutschlands die Behauptungen um, daß

Die Mieter fordern.

Der große Reichsausschuß des Bundes deutscher Mietervereine hat am 3. und 4. Mai in Dresden zwei Entschlüsse gefaßt. Die erste Entschlüsse betraf die vom Reichstag beschlossene Kürzung der Zahl der Mieterschutzgerichte. Die zweite Entschlüsse mußte angesichts des großen Einflusses der Baukosten im letzten Reichskabinett vorläufig darüber wachen, daß nicht auf dem Verordnungsweg Verfügungen des Mieterschutzes durchgeführt werden. Offene oder verdeckte Mietssteigerungen müssen befristet werden, da nachweislich die jeweilige 12prozentige Mietspreismittel die Hausbewirtschaftung vollkommen deckt. Die Angleichung der Neubausmieten an die Mietsmieten ist durchzuführen, da heute schon Neubausmieten vier fachen, weil die Miets für den größten Teil des Volkes unerschwinglich ist. Von der Reichsregierung wird die dringende Vorlegung eines Heilmittelsgesetzentwurfes (Wohnreformgesetz) entsprechend den Wünschen des Bundes deutscher Mietervereine verlangt.

Bei der künftigen Finanzreform sei die durch die Abwertung der Hypotheken entstandene Milliardenentlastung des Haushaltes als Steuerquelle zur Förderung des sozialen Wohnungsneubaus heranzuziehen; jeder Wöhen der Hauswirtschaft müsse mit der entsprechenden Herabsetzung der gesetzlichen Miets verbunden sein. Ein Reichswohnungssteuer müsse die arbeitslosen Gewinne beim Verkauf von Grundstücken erfassen, zur Finanzierung des Wohnungsneubaus sei der Gesamtsteuerertrag der Hauswirtschaft zur Verfügung zu stellen.

Neue Regierungspräsidenten.

Der Provinzialausschuß der Provinz Brandenburg hat heute gegen vier Stimmen den Vorschlag der Staatsregierung genehmigt, nach dem der bisherige Regierungspräsident in Barmbein, Dr. Figner, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, zum Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. und der bisherige Regierungspräsident Janke in Breslau, der Demokrat ist, zum Regierungspräsidenten in Potsdam ernannt worden sind.

Deutschland an illegalen Rüstungen beteiligt.

Der frühere französische Ministerpräsident Briand habe vor einigen Tagen in einem Stellungsausschuss die Behauptung als eine positive Tatsache hingestellt. Es sei deshalb die Frage berechtigt, wie sich die Reichsregierung zu diesen fortwährenden Behauptungen stelle. Für den Fall, daß irgend etwas Wahres daran sei, wäre herbe Kritik notwendig. Wie wolle die Reichswehr rechtfertigen, daß sie irgend einen Materialen deswegen entläßt, weil er einmal in einer angeblich kommunizistischen Wirtschaft ein Glas Bier getrunken habe, während ihre

Generäle in kommunizistischen Hauptquartieren feste saßen.

Wer ernsthaft noch sei die Frage, wie würde sich eine solche Tatsache zu dem wichtigsten und vornehmsten Recht des Reichstages, dem Staatsrecht, verhalten? Beinahe das Bedeutendste wäre die Schlussfolgerung, daß ein wesentlicher Teil der deutschen Außenpolitik nicht im Auswärtigen Amt liegt, sondern in den Händen der Generäle.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion habe schon im letzten Jahre durch ihren Sprecher, den Hg. Schöpplin angeführt, daß sie diese Dinge reichlichstes durchprüfen und bekämpfen wird. Die Zeit hierfür sei jetzt gekommen. Die sozialdemokratische Fraktion müsse allen illegalen Dingen den scharfsten Kampf ansetzen.

Reichswehrminister Dr. Groener

erklärte, er möge den Etat in seinem bisherigen Umfange unter allen Umständen auch für die Zukunft aufrechterhalten wissen. Es sei selbstverständlich, daß der Reichswehrminister seine Arbeit, so weit sie politisch sei, nur in vollem Einvernehmen mit dem Reichstagsrat und dem Außenminister leiste. Das sei auch mit Reichstagsrat und Minister immer der Fall gewesen. Die Verheerung in der Reichswehr würde reichlichstes bekämpft. Es werden keine Mittel gekürzt, um die Fortführung des Behaltens auszumengen. Bemerkungen darum, heute aus dem Mannschafsstände zu Offizieren aufzurufen zu lassen, seien schon lange im Gange.

Hg. Hebermann (Soz.)

betonte, daß die republikanische Stimmung in der Reichswehr entgegen den Bestrebungen des Wehrministers nicht die Fortschritt mache, die notwendig seien. Immer noch seien Versammlungen von Teilen der Reichswehr mit nationalsozialistischen Beinen festzustellen. Die Strenge des Ministers dringe einfach nicht nach unten durch. Jahrelange Kommandeure seien noch in Gedankenlagen der wilhelmianischen Zeit befangen. Notwendig sei vor allem auch, daß die Reichswehr bei Verfassungsfeiern mehr in Erscheinung trete.

Beamtenkabinet in Sachsen.

Schiel gewählt.

Dresden, 6. Mai. (Eig. Draht). In der Diensttagung des Sächsischen Landtages wurde der Präsident des Staatsrechnungshofes Schiel mit 46 Stimmen der bürgerlichen Fraktionen zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Nationalsozialisten enthielten sich der Stimme. Auf den Sozialdemokraten Fiebig, entfielen 32 Stimmen, der Kommunist Renner erhielt 12 Entschlüsse.

War der Wahl gab der völksparteiliche Abgeordnete Dr. Lüder im Namen sämtlicher bürgerlichen Parteien ausschließlich der Nationalsozialisten eine Erklärung ab, nach der eine Personifizierung gewählt werden sollte, die ein unparteiliches Beamtenkabinet bilde. Der Gewählte solle sich für die Annahme der Wahl erst erklären, nachdem das Kabinet gebildet sei und er mit den Parteien, die ihn gewählt hätten, zu einem Einverständnis über die Zusammenstellung der Regierung gelangt sei.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Edel verwies darauf, daß die Demokraten, die ursprünglich kein von den Nationalsozialisten abhängiges Kabinet unterliegen wollten, von diesem Entschlüsse abgegangen seien. Die Sozialdemokratie sei bereit gewesen, sich an eine Regierung zu beteiligen. Am Dienstag der kommenden Woche soll die neue Regierung dem Landtag ihr Programm unterbreiten. Am Mittwoch wird dann über die vorliegenden Aufstellungsanträge abgemittelt werden. Die Nationalsozialisten haben nicht die Absicht, in jedem Fall für die Aufstellung zu stimmen. Sie wollen ihre Stellungnahme von der Zusammenstellung der Regierung abhängig machen und benutzen die Drohung mit der Aufstellung des Landtages offenbar, um auf diese Weise eine ihnen genehme Zusammenstellung der Regierung zu erpressen.

Die Arbeitslosigkeit in England.

London, 7. Mai. (Eig. Draht). Die Zahl der Arbeitslosen liegt in London bis zum 28. April auf 1.698.400. Das sind 38.087 mehr als vor 14 Tagen und 334.592 mehr als vor einem Jahre. Der geringe Rückgang der Arbeitslosigkeit, der vor Dieren zu verzeichnen war, hat also nicht angehalten.

Rebellion um Schiele?

Noch keine Einigung über das Ostprogramm.

Berlin, 7. Mai. (Eig.). Die Reichsregierung hat sich auch am Dienstag über ihr Ostprogramm nicht einigen können. Wiederum wurden die Verhandlungen vertagt. Man will sie heute fortsetzen. Den gestrigen Beratungen wohnte u. a. Reichsbankpräsident Dr. Caffer bei. Er war hinzugezogen worden, um als Sachverständiger über die Umfangsfrage und die damit verknüpften Kreditfragen Auskunft zu geben. Wie verlautet, ist das in Aussicht genommene Ostprogramm noch vor der Sommerpause des Reichstages in Angriff genommen werden.

Das Ostprogramm entwickelt sich mehr und mehr zum Schmerzenskind des Kabinetts Brünning-Schiele. Seitdem man in der Frage von der durch die Regierung Hermann Müller verfolgten Linie der landwirtschaftlichen Nationalisierung abgewichen ist, gerät man vollends in die Verwirrung und die Strudel einer großartigen Subventionspolitik.

Die Forderungen der Großgrundbesitzer steigern sich von Tag zu Tag und mit Befremdung und Bedenken scheint man sich selbst im Kabinet zu fragen, wie das alles einmal enden soll. Man weiß, daß man dem Ostprogramm seinen volkswirtschaftlichen Sinn, den es ansfangs hatte, genommen hat; man weiß, daß die Konzeptionen an dem Großgrundbesitzer auf Kosten der gesamten Landwirtschaft, insbesondere der mittleren und kleineren Betriebe, gehen und daß am Ende des ganzen Spiels ein wirtschaftliches Debakel und der Zusammenbruch der großagrarischen Politik lauern. Wahrscheinlich aus solchen Bedenken heraus tragt man sich im Kabinet mit dem Gedanken, vorerst ein Teilprogramm zu schaffen, das über den Sommer hinwegesollt. Am Herbst soll dann das endgültige Ostprogramm mit der Erfüllung der wesentlichen großagrarischen Forderungen folgen. Mit diesem Landwortschiff hofft man, dieses aus den verschiedenen, sich widersprechenden Elementen zusammengelebte Kabinet wenigstens bis zum Herbst bekommen zu halten und die wichtigsten Stützen dieser Regierung, die Großagraren, zufrieden zu stellen.

Während das Kabinet mit dem Ostprogramm keine Aste hat, rebellieren die Hiltstruppen Schiele bereits. An den großagrarischen Organisationen ist man äußerst aktiv. Man hält Beratungen und Sitzungen ab und faßt Resolutionen, in denen der „Führung“ d. h. dem Reichsernährungsminister Schiele mit dem Präsidium der Grünen Front „Unklarheit in der Haltung“ beigemittelt wird. Die Entschlüsse sind von der Art, daß die den Großagraren äußerst nachteiligen Beschlüsse „Bauernfeindlich aus ihnen lauten; der Großgrundbesitzer werde gegebenenfalls einen geschlossenen Austritt aus dem Landbau vollziehen. Man spricht von der Inaktivität in der Grünen Front und malt den Zusammenbruch dieser landwirtschaftlichen Einheitsorganisation, die unter vielen Mühen und mit vielen Kosten — es wurden auch Staatsgelder dafür ausgemessen — zur Nationalisierung der Landwirtschaft gelangt worden ist, an die Wand.

Zweifellos ist Schiele ein Mann, der während seiner agitatorischen Vorträgen gerade dem Großgrundbesitzer derart hemmungslos Bergeparaden machte, daß es ihm jetzt lauer fällt, sie zu erfüllen. Die Gegenfälle zwischen der Theorie und der Praxis dieses Großagraren werden jetzt, wo er zur Macht gelangt ist, allzu sichtbar und die Anhänger Hugenbergs und die Nationalsozialisten tragen nach Kräften dazu bei, die Landstände rebellisch zu machen. Erweitert ist die Entrüstung, die aus den oben erwähnten Resolutionen folgt, daß die Zahl der wirklich Entschlüsse unter den Großagraren dürfte aber ziemlich gering sein. Schiele hat bisher im Sinne der Regierung bei der Großagrarschaft am meisten profitiert und wenn die Großagraren den Erfolg der merkwürdigen Brünning'schen Regierungskünste einsehen, wissen sie wohl, wie sie dies zu verdamnen haben. Für Spezial, der bei den Großagraren immer vor Nationalpolitik kommt, ist Schiele eben der zutunliche Mann. Es fällt vielen Leuten in Wirtschaft nicht ein, diesem Mann im Kabinet ernsthaftes Schmerzenskind zu machen und ihm Namenmischlichkeiten zu bereiten. Sie wissen, was von ihm für ihre materiellen Interessen und Wünsche abhängt. Sie drohen wohl in den Resolutionen und Entschlüssen, sie konträren Kräfte in der Grünen Front und sprechen in ihren Blättern von einem Verfall der Partei. Aber alle diese Resolutionen und Entschlüsse sind von neuen Forderungen begleitet. Man wird schon das Richtige tun, wenn man annimmt, daß man Inaktivität in der Grünen Front vorziehen will, um mehrere Brünning'sche Forderungen zu Gunsten der Großagraren durchzusetzen. Diese haben unter dem Regime Brünning-Schiele ihr Schicksal im Enden gebracht. Sie denken gar nicht daran, ihre Rechte zu gefährden und warten aus neue Subventionen durch das Ostprogramm. Sie unzufriedener man sich stellt, je geballter die Resolutionen fliegen und je mehr man auf die Unklarheit in der Haltung der Führer schimpft, desto mehr erwartet man von dem Zusammenbruch der Regierung Brünning-Schiele durch die Grünen Front für Ostprogramm. Wir halten die Kräfte in der Grünen Front für nichts anderes als für einen taktischen Fehler. Man muß das Rückgrat Schiele's, des Retreters der großagrarischen Interessen im Kabinet durch dieses Spiel führen.

Sicher mehr in einem Augenblick, wo Schiele beispielsweise die Größe nur auf dem Papier erhöht, weil man den wirtschaftlichen Standesverfall fürs erste nicht lindigen kann, die Überarbeiten in der Landwirtschaft auf ihre Rechnung kommen.

Revolutionäre Hochspannung in Spanien.



Die Universität von Madrid.

Anamuno (X) im Kreise der revolutionären Universitätsprofessoren von Madrid.

Das bedeutet eine Radikalisierung der Rechtsbewegung auf dem Lande, von der zuguterletzt die Nationalsozialisten profitieren werden. Die Grüne Front wird aus diejenigen vernünftigen Anhänger verlieren, die die Sozialistische Schiele durchschauen und die Dringlichkeit und das Bedeutsame des Programms der Grünen Front erkannt haben. Hoffentlich wird der Einfluß dieser Elemente groß und so hart werden, daß sich die mit Reichsgeldern gefüllte landwirtschaftliche Epigenorganisation, die sich mit dem Namen Grüne Front schmückt, auf ihre ursprüngliche Bestimmung besinnt. Der Grünen Front war die Aufgabe der landwirtschaftlichen Nationalisierung gestellt. Dieses Ziel ist verfaßelt. Heute kennen die Führer der Grünen Front nur die eine Aufgabe, die von den Großgrundbesitzern Subventionen sicherzustellen. Was die Grüne Front heute bezieht, ist Subventionspolitik, aber keine Nationalisierung. Was an Staatsmitteln verplempern wird, um einen nicht nur finanziell, sondern auch wirtschaftlich katastrophalen Landwirt zu halten, geht der eigentlichen Landwirtschaft ab. Diese Mittel fehlen für die Durchführung der Nationalisierung. Der mittig produzierende Landwirt bezahlt diese unzulässige Politik mit einer Verschärfung der Agrarreise, mit einer gebundenen Umstellung in der Produktion und schließlich mit sinkender Rentabilität. Die ganzen Agrarmaßnahmen des Kabinetts Brüning-Schiele sind so auf die großgrundbesitzenden Interessen zugeschnitten, daß den mittleren und kleineren Landwirten das Spiel aufgeben werden. Sie werden dann die Aufgaben der landwirtschaftlichen Epigenorganisation wieder zur Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgaben zurückzuführen.

Der preussische Landtag

erledigte am Dienstag zunächst eine Reihe kleinerer Vorlagen. Dann begründete Wg. Oberbröcker (Komm.) einen Antrag seiner Fraktion, der sich gegen die Verordnung des Volksfahrministers wendet, nämlich die Anträge auf Herabsetzung des Zinsfußes für Hauskreditverpflichtungen von 8 auf 1 Prozent nur noch (zuzugewinnen, solange bis aus der Gesamtschuldung ermittelte Ziele 100 Prozent der Forderungsbeträge für entsprechende Vorauszahlungen übersteigt). Der Antrag wurde dem Wohnungs- und Heimstättenausschuß überlesen.

Bei der Einzelberatung des Haushalts des Landtags verlas Frau Wg. Hertwig (Dm.) die Berücksichtigung von Verordnungen des Ministers bei der Stellenbesetzung im Landtag. Wg. D. v. Erdorf (Dm.) begründete einen Antrag auf Auflösung des Landtags, weil die letzten Kommunalwahlen bewiesen hätten, daß die Zusammensetzung des Landtags nicht mehr dem Willen der Bevölkerung entspreche und vor allem, weil eine Hegemonie zwischen Reich und Preußen hergestellt werden müsse. Wg. Hauff (Dm.) kritisierte die durch kleine Anträge verursachte Papierflut und die Sucht Unterluchungsausschüsse für alle möglichen Dinge einzurichten.

Wg. Kasper (Komm.) führt Beschwerde über Zensurmaßnahmen durch den Präsidenten bzw. durch das Büro des Landtags. Eine Begründung für diese Handhabung würde nicht gegeben, so daß die Abgeordneten der bittarischen Witzfiguren sei die Kommunalverpflichtung bereit, den Aufstellungsantrag der Reichsregierung anzunehmen. Wg. Kube (Komm.) verlangt Auskunft, warum die Beamten des Landtags beim letzten Volksbegehren zusammenberufen und ihnen verboten worden sei, sich einzutragen. Der Staatsratplan wird genehmigt, die Abstimmung über den Antrag auf Auflösung des Landtags wird am Mittwoch erfolgen. Weiterberatung Mittwoch 13 Uhr.

Mittelalterliche Reste.

Die Auflösung der Ibelkommisse.

In Deutschland wird noch immer ein heftiger Kampf um die Auflösung der Ibelkommisse geführt, obwohl nach Verfallung und Befehl die Offiziere dieser großen Wehrmacht schon aufgelöst haben müßten. In Dänemark, das sich noch einem König leidet, ist man viel energischer verfahren als in Deutschland. Dieser Tage wurde das letzte große dänische Majorat und Stammgut Itele bei Viborg in Jütland aufgeteilt und verkauft, nachdem in Übereinstimmung mit dem dänischen Majoratsgesetz von 1918 25 Prozent des Gutwertes an den Staat abgeteilt und ferner 25 Prozent des Grund- und Bodens an kleine Landwirte aufgeteilt worden sind. Von den 110 Stammgütern des Landes sind in den letzten 10 Jahren etwa 100 Millionen Kronen (112 Millionen Mark) an den Staat und 20 000 fester Land zur Verteilung an kleine Landwirte abgeteilt worden.

Der Sprachenkampf in Belgien.

Ein Soldat führt Befehle in französischer Sprache nicht aus.

Brüssel, 6. Mai. (Eig. Draht). Das Kriegsgericht in Lüttich verurteilte am Dienstag einen flämischen Soldaten namens De Deum wegen Gehoramsverweigerung zu 15 Tagen Zerkel, 1 Monat Gefängnis und 2 Monaten verlängerter Dienstzeit. Der Soldat hatte sich geweigert, Befehle in französischer Sprache auszuführen. Er wurde daraufhin zunächst auf seinen Gefängnisstand überführt. Als das Gericht ihn für zurechnungsfähig erklärte, wurde er verhaftet und vor das Kriegsgericht gestellt. Dort erklärte De Deum, er verstehe wohl französisch, es könne ihm jedoch niemand zwingen, die ihm in einer fremden Sprache gegebenen Befehle auszuführen.

Der Vorfall beschäftigte am Dienstag die Kammer. Im Verlauf der Debatte teilte ein Sozialist mit, daß der Sekretär des Antwerpener flämischen sozialistischen Blattes während seiner Mißhandlung wegen der Teilnahme an der Beerdigung eines Verwandten ein Urlaubsgesuch in flämischer Sprache eingereicht habe. Der vorgesetzte Offizier habe das Gesuch zerissen und dem Geschäftsführer verboten, das Gesuch zu zerreißen und dem Geschäftsführer zu übergeben. Der Kriegsminister erklärte, daß sich ähnliche Fälle vom nächsten Jahre ab nicht mehr wiederholen werden, da bis dahin das neue Gesetz über den Sprachgebrauch im Heere in Kraft trete.

In verschiedenen flämischen Städten fanden am Dienstag öffentliche Kundgebungen gegen die Beurteilung De Deums statt.

Hugenberg-Beamte.

Der während des Volksbegehrens gegen den Jüngsten vorläufige seines Amtes entsetzte Regierungsrat im Düsseldorf Regierungspräsident Bierbach ist von dem Disziplinarrichter in Düsseldorf zur Strafbewehrung unter Herabsetzung seiner Dienstbezüge verurteilt worden. Das Disziplinarricht ist in der Unterzuchtung des Bierbaches für das Volksbegehren durch Bierbach einen Verstoß gegen die Beamtenpflichten. Es hat sich damit der Auflösung der zuständigen preussischen Anklagen angegeschlossen.

Bierbach wurde fernerzeit als erster Beamter wegen seiner Propaganda für das Volksbegehren gemahnt. Außer ihm werden

Madrid, 6. Mai. (Eig. Draht). Die spanische Regierung hat die Universitätsbehörden ermächtigt, etwaige weitere Studentenunruhen mit aller Strenge niederschlagen zu lassen. Mehrere öffentliche Versammlungen, in denen bekannte Republikaner sprechen sollten, wurden verboten. Der bekannte Gelehrte Ulanano, dessen Rede in der vergangenen Woche so großes Aufsehen erregte, ist aufgesordert worden, sich sofort nach seiner Universität Salamanca zurückzugeben.

Neue Unruhen.

Madrid, 6. Mai. (Telunion). Wie vorausgesehen war, ist der gestrige Dienstag in Madrid ruhig verlaufen. Dagegen kam es in Barcelona und Valencia zu Kundgebungen, bei denen

sich demnach noch andere Beamte wegen der gleichen Pflichtverletzung zu verurteilen haben. Die Zahl ist jedoch sehr gering, da die preussische Regierung bei durchweg von einer disziplinarischen Verfolgung der während des Volksbegehrens durch alte Beamte begangenen Pflichtverletzungen abgesehen hat.

Der Brand in Indien.



Mahatma Gandhi

und die indische Frauenführerin Sarojini Naidus in der primitiven Tracht des uralten Kulturlandes Indiens.

Neue Unruhen.

New-Delhi, 6. Mai. (Eig. Draht). Die Verhaftung Gandhis hat, wie bei der gespannten Lage zu erwarten war, im ganzen nördlichen Indien diese Erregung hervorgerufen. In allen größeren Orten Nordindiens wurde der Dienstag als Trauertag durch Arbeitsruhe begangen. An zahlreichen Orten kam es zu mehr oder minder schweren Zwischenfällen und Zusammenstößen. In Delhi feuerte die Polizei auf eine Menschenmenge, die eine Volkszeitung anforderte und sich trotz Aufforderung nicht zerstreute. Mehrere Eingeborene wurden verletzt. In Kalkutta wurden ein Polizeieinspreizer und ein Polizeigewerke durch Steinwürfe aus der Menge vertrieben. Es kam zu Steinwürfen auf die Polizei, die die Menge zu zerstreuen suchte. Die Polizei feuerte und verletzte 15 Personen. In Guwahati wurden anlässlich eines Zusammenstoßes zwischen Eingeborenen und Polizei 20 Personen, darunter einige schwer, verletzt. In Bombay verurteilten Legalarbeiter eine Spinnerei in Brand zu setzen. Auch hier feuerte die Polizei auf die Menge.

Gandhi lehnt die Verantwortung ab.

London, 7. Mai. (Eig. Draht). Gandhi hat an den Vizekönig von Indien am Ende von seiner Verhaftung einen Brief geschrieben, in dem er um die Aufhebung der Haftbefehle ersucht. In dem Brief heißt es u. a.: „Wenn trotz wiederholter Warnungen Leute zur Gewalt greifen, so muß ich die Verantwortung dafür ablehnen. Die Geschichte wird das Urteil fällen, daß die britische Regierung, die die Rücksicht nicht ertrag, weil sie sie nicht verstand, die menschliche Natur zur Gewalt antrieb, der sie zu begangen wurde.“

Trauertag in Ostafrika.

London, 7. Mai. (Telunion). In ganz Ostafrika fand anlässlich der Verhaftung Gandhis ein nationaler Trauertag statt. Alle Arbeit wurde eingestellt.

die Studenten wieder von Pfaffenkleinen und Dutzeln ausgehoben Gebrauch machten. In beiden Städten gelang es der Polizei, ziemlich rasch die Ordnung wieder herzustellen. In Sevilla wurde als Vorbeugungsmaßnahme die Universität ebenso wie in Madrid bis auf weiteres geschlossen, während die Studentenenschaft in Salamanca einen 48stündigen Streik erklärte. Die Regierung hat republikanische oder sozialistische Versammlungen bis auf weiteres verboten. Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen wird in gut unterrichteten Kreisen von einem demnächst bevorstehenden Regierungswechsel

gesprochen, wobei angeblich scharfer durchgreifende Männer an die Spitze gestellt werden sollen. Die Pseta ist am Dienstag auf der Madrider Börse erneut gefallen.

Das Leipziger Verbrechen der KPD.

Der schändliche Landtag

befasste sich am Dienstag nach der Wahl des Ministerpräsidenten mit den blutigen Vorgängen am Ostermontag in Leipzig. Die Reichsparteien richteten insbesondere scharfe Angriffe gegen den Leipziger Polizeipräsidenten Pfeiffer.

Der Minister des Innern gab zu den Vorfällen eine längere Erklärung ab, in der es heißt, daß weder der sozialdemokratische Polizeipräsident noch das Ministerium des Innern durch die kommunizierten Demonstrationen ein unmittelbares Geheiß für die öffentliche Sicherheit als gegeben erachtet hätten. Dieses Geheiß aber sei nach der Reichsverfassung die Voraussetzung zu einem Verbot der Kundgebungen gewesen. Das Leipziger Polizeipräsidium habe zwar die Gefahr unterschätzt und zu geringe Bereitschaft, aber die Gerechtigkeit gebiete, über die persönliche Verantwortlichkeit für die Vorfälle ein Urteil erst nach Abschluß der Untersuchung und der Vernehmung der in Frage kommenden Beamten zu fällen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung teilte der Aufstimmminister mit, daß gegen 11 Teilnehmer an den kommunizierten Demonstrationen wegen Aufzuges und Landfriedensbruchs ein Vergehen eingeleitet worden sei. 11 Teilnehmer hätten sich demnach wegen Mißhandlung des Staatsgewalt und Beleidigung von Polizeibeamten zu verantworten.

Mißbrauch der Pressefreiheit.

Ein vielseitiger Herr ist der kommunizistische Reichstagsabgeordnete Ernst Scheller. Er zeichnet — die nachfolgende Liste erhebt auf Vollständigkeit keinen Anspruch — in folgenden kommunizistischen Zeitungen als verantwortlicher politischer Redakteur: „Neue Zeitung“, Berlin, „Sozialistische Arbeiterzeitung“, Leipzig, „Arbeiterzeitung“, Braunschweig, „Arbeiterzeitung“, Bremen, „Neue Zeitung“, Jena, „Echo des Ostens“, Königsberg, und die „Triebüne“, Magdeburg.“

Selbst unter Zuhilfenahme eines Flugzeuges dürfte es Herrn Scheller nicht möglich sein, diese von ihm verantwortlichen gezeichneten Tagesblätter zu redigieren. Das tut er übrigens auch gar nicht. Er mißbraucht nur seine Abgeordneten-Immunität, um ungestört andere Menschen zu verurteilen und zu beleidigen. Das nennen die Kommunisten dann Pressefreiheit und machen ein großes Geschrei, wenn gegen einen dieser Verleumder doch einmal die Immunität aufgehoben wird.

Der Anschlag der „Reinen Anfragen“.

Am letzten Jahr sind im preussischen Landtag nicht weniger als 1400 Reine Anfragen eingereicht worden. In einem Schreiben an den Landtagspräsidenten Barfels protestiert der preussische Ministerpräsident Otto Bruhn gegen diesen Unflug und stellt zugleich fest, daß die Anfragen hauptsächlich von den Deutschen und Nationalsozialisten stammen.

Erdbeben in Indien.

6000 Todesopfer.

London, 6. Mai. (Eig. Draht). In der Nacht zum Dienstag ereignete sich in Burma in Indien ein Erdbeben mit einer Stärke, die nach den hier vorliegenden Berichten annähernd 6000 Todesopfer forderte. Der größte Teil der Opfer ist in Pegu zu verzeichnen, einer Stadt von etwas über 11 000 Einwohnern, die vollständig zerstört worden ist. In Mangoon wurde die Bengangonpagode, eines der sieben Weltwunder, die im letzten Jahrhundert erbaut wurde und deren Ruppel aus reinem Gold besteht, schwer beschädigt.

Der indischen Bevölkerung hat sich angelehnt der Katastrophe eine außerordentliche Erregung bemächtigt, die nach den hier vorliegenden Meldungen zu neuen Zwischenfällen und Zusammenstößen beitragen kann.

Haftentlassung Stavros. Billy Stavros ist auf Antrag seiner Verteidiger gegen eine Kaution von 50 000 Mark aus der Haft entlassen worden. Stavros ist schwer krank.

Die australische Arbeiterregierung hat aus Gründen der Sparlichkeit beschließen, zwei U-Boote und einen Zerstörer außer Dienst zu stellen. Die australische Flotte besteht aus vier Kreuzern, acht Zerstörern und zwei U-Booten.

Gewerkschaften und Arbeitslosenversicherung.

Tagung des Bundesausschusses des A. D. G. B.

Die nächsten Monate bringen neue Kämpfe um die Arbeitslosenversicherung. Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich daher am Montag in seiner letzten Sitzung von neuem mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz beschäftigt. Nach einer Besprechung der neuen Schwierigkeiten des Arbeitsmarktes und der den Arbeitslosen von der Regierung drohenden Gefahren beschloß der Bundesausschuss einmütig folgende

Entschlüsse zur Arbeitslosenversicherung:

Der Bundesausschuss des ADGB betont wiederum, daß es sich bei dem Kampf um die Sozialversicherung in Wirklichkeit um die Verteilung der inneren Kräfte in Deutschland handelt, die auf die Schultern der Arbeitslosen abgewälzt werden sollen. Während auf der einen Seite dem Großgrundbesitzer gewaltige Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, werden auf der anderen Seite an notwendigen Kosten des Sozialerlasses unermessliche Kürzungen vorgenommen. Daher ist es zuzusetzen die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften, den gegen die Sozialversicherung gerichteten Angriff der vereinten bürgerlichen Parteien abzuwehren und die Arbeiterkraft darüber aufzurufen, welche wichtige soziale Grundlagen der Sozialversicherung sind und welche Ziele die neue Bürgerlosgesetzgebung verfolgt.

Gegenüber dem Abbau der Sozialpolitik gerichteten Bestrebungen erhebt der Bundesausschuss angesichts der anhaltend furchtbaren Lage des Arbeitsmarktes die Forderung nach Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und verläßt sich auf den Staat. Zum ersten geht es um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zum zweiten um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, deren Bekämpfung gefordert wird. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit immer mehr hervorzuheben, die Bekämpfung von Mitteln zum härteren Ausbau der Arbeitsmarktes und zur Bekämpfung über die öffentlichen, den Arbeitsmarkt bestehenden Arbeiten, des Wohnungsmangels, insbesondere des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaus; zum zweiten ist die Ausbeugung der Arbeitslosenversicherung ein dringendes Gebot. Die Zahl von 200.000 Hauptunterstützungspersonen in der Arbeitslosenversicherung, die trotz der hohen Beschäftigungsrate bereits überschritten sein dürfte, läßt erkennen, wie außerordentlich hoch die ständig wachsende Gesamtheit der arbeitslosen oder kurzzeitig Beschäftigten tatsächlich ist. Allein in der Zeit vom 15. März bis 15. April des Jahres wurden rund 140.000 Personen aus der Arbeitslosenversicherung ausgereist. Die Städte, die jetzt bereits rund 800.000 Erwerbslose in der Arbeitslosigkeit zu befragen haben, können weitere Stellen auf die Dauer nicht fragen. Der Bundesausschuss fordert daher die Arbeitslosenversicherung für alle, insbesondere auf die baugewerblichen Berufe, sowie die Einführung einer für die Dauer der Arbeitslosigkeit unbegrenzten Bewusstseins.

Den Bericht über die Tätigkeit des Bundesausschusses

erstattete Grafmann, der zweite Vorsitzende des ADGB. Zum Leiter der Bundesausschusses, die am Montag ihren ersten Jahrestag begangen, hat der Bundesausschuss den Direktor der Staatlichen Schule für Wirtschaft und Verwaltung Dr. Seelbach berufen. Als Lehrer wird ferner der Arbeitsrechtler Dr. Gustow, der bisher beim Einzelverband der Eisenbahner tätig war, u. Dr. Grottel, der an der Volkshochschule in Leipzig tätig, gewonnen werden. Die „Bereitstellung der Arbeitslosen“ wird die Bundesausschüsse in Bernau aus dem fernerzeitigen Gewerkschaften bewilligten Auftrags beschränkt werden sein, hat in „Arbeitsgeber“ Widerrecht geübt. In dem Bericht um die Heimatschutzschule Lina, der der nationalsozialistische Minister Thüringens, Fried, die Gelder verweigert gelassen hat, werden die Gewerkschaften zunächst den Ausgang der Verhandlungen eingehend befragt, die Verhandlungen abwarten. Die Fortsetzung des jetzt laufenden Verfahrens am Bundesausschuss nicht gestört worden. Für das Konjunkturforschungsinstitut wurden vom Vorstand weitere 15.000 Mark bewilligt; gleichzeitig sind von ihm zwei weitere Vertreter und zwei Stellvertreter im Kuratorium des Instituts ge-

fordert worden. Eine systematische Abklopfung des Zustroms junger Erwerbsuchender in einzelne Gewerbe lehnt der Bundesausschuss ab. Er hält es nur für möglich, die Augenblicke davon zu nutzen, Parallele zu ziehen, in denen das Verhältnis von Arbeitsangebot und Arbeitsgelegenheit besonders tragisch ist. Ueber die vom Bundesausschuss durchgeführte statistische Erhebung der Tarife wird demnächst eine Sonderbeilage der Gewerkschaftszeitung veröffentlicht werden. Die agrarpolitischen Fragen sollen in Kürze in einer nur zu Informationsbestimmten besonderen Broschüre zur Erörterung kommen. Grafmann schloß seinen Bericht mit einem Hinweis über den Stand der Arbeit des Reichsänderungskomitees, das im Auftrag des ADGB die Arbeitsverhältnisse, insbesondere in der französischen Metallindustrie (niedrige Löhne, hohe Arbeitszeit, Lebensunterhalt und dadurch erleichterte Konkurrenzmöglichkeiten für die französische Metallindustrie) zu erörtern und über die Wege zu ihrer Besserung Stellung zu nehmen hat. Das Komitee tritt vermutlich im August wieder zusammen.

Am Anluß an den Bericht des Bundesausschusses gab Schlimm vom Bundesausschuss einen Bericht über die Regelungen, die mit verschiedenen Gewerkschaften vor allem mit dem Gesamtverband, getroffen wurden, um die Rechte der Mitglieder der aus dem Verband des ADGB, ausgliederten Firmenangehörigen zu wahren. Außerdem erörtert Schlimm die Frage der

Anerkennung der 25jährigen Mitgliedschaft

in den freien Gewerkschaften. Die Mehrzahl der Verbände behandeln, wie sich aus einer Umfrage ergab, die Mitglieder, die im Laufe von 25 Jahren verschiedenen Organisationen angehört haben und den Nachweis ihrer Mitgliedschaft erbringen können, ebenso wie die Mitglieder, die 25 Jahre in einem Verband angehört haben. Diesen Standpunkt hält auch der Bundesausschuss für den allein richtigen.

Weiter beschäftigte sich der Bundesausschuss mit dem Entwurf für ein

internationales sozialistisches Programm

das von dem ADGB-Kongress, der im Sommer in Stockholm zusammentritt, aufgestellt werden soll. Umkreis, der Leiter der Gewerkschaftszeitung betonte, daß ein internationales Sozialprogramm nicht zu sehr in Details gehen dürfte; seine Aufgabe sei, die großen, weltumfassenden Ziele aufzustellen. Eine allzu starke Spezialisierung führe zur Verwirrung. Ein internationales Programm müsse knapp und weit gefaßt sein. Sätze der Unbestimmtheit sei es, die Bären bis zu den Zielen auszufüllen. Auch müßten die Ziele im Bereich des gewerkschaftlichen Vermögens liegen; sie dürfen keine Utopien sein, über die kein Gegner mit den Gewerkschaften ernsthaft streite und die höchstens die Kommunisten regten. Die Gewerkschaften seien dort zu nehmen. So habe es z. B. keinen Zweck, heute anzusetzen, daß die Schlußbestimmung zu fordern, selbst wenn man überzeugt sei, daß die rationalistische Wirtschaft damit heute vielleicht schon auskommen könne — weil die Gewerkschaften keines Anstandes an seine Entfaltung herantreten könnten. Dagegen sei der Siebenstundentag oder die Fünftagewoche oder selbst die Fünftagepauschale-Woche als Ziel noch immer weitgehend genug, um die Kräfte auszuheben, wenn die allgemeine Forderung einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit nicht ausreichen sollte. Der Bundesausschuss erbat vom Bundesausschuss die Ballmacht, mit den gewerkschaftlichen Vertretern der Sozialpartei im Bundesbüro den Entwurf einer Nachprüfung und Vereinfachung unterziehen zu lassen.

Zu Delegierten für den Stockholmer ADGB-Kongress wurden vom Bundesausschuss einmütig gewählt: Bernhard, Baeh, Brandes, Reichel, Schumann, Schefel, Schräber, zu Stellvertretern Wagner, Aren, Ströhlinger, Wucher, Hulmann sowie die fünf vom Bundesausschuss vorgeschlagenen Kandidaten: Belpari, Grafmann, Limbrecht, Eggert und Frau Hanna.

Aus aller Welt.

Nazi-Skandal in der Oper.

Sittensitten wahren wieder einmal „Belange“ — Mit Hauschließen auf den Felsen — „Judenmorde“ — Der verpaßte Einhalt Film in der Staatsoper.

Christoph Columbus' Premiere in der Berliner Staatsoper. Die Musik stammt von dem einflussreichen französischen Komponisten Milhaud, der Text von dem Franzosen Paul Claudel. Die Berliner Uraufführung, von Kleber dirigiert, gestaltet sich zu einem großen gesellschaftlichen Ereignis. In der Pause hört man alle Sprachen im Foyer.

Die Oper hat den großen Erfolg, aber schon während des zweiten Aktes ist ein Unheil geschehen. Ein Pfeiler, nach Schluß bricht eine große Demonstration vor der Galerie los — eine spontane, sondern eine wohlüberlegte: Nationalsozialistischer Mob ist in den Patentrechtspausen in die Oper gedrückt worden; die Leute, die immer Theater machen, gehen auch mal ins Theater, wenn es sein muß, dem Dienst ist Dienst — da tanzt man nicht mehr. Nachdem sich die nationalen Jünglinge, die ungerade sechs bis sieben Reihen besetzt hatten, halb zu Tode gelangweilt und geschütt haben ohne recht zu wissen, wann sie eigentlich mit ihrer Sitzungsposition begünstigt seien, bricht gegen Ende der Aufführung gänzlich unumwunden der Spektakel los. Um in der Bühnenpause zu reden: der Einhalt wurde verpaßt.

„Ach die deutsche Kunst!“, brüllt einer und streckt die Hand nach römischer Hofschranke in die Luft. „Weg mit den Ausländern!“ ruft ein dünnes quälendes Stimmchen, das einen mit Schmissen verlegerten Studenten gehört, der sich in Geistes nicht gehen kann. Ein halbes Dutzend deutscher Männer preist die nationalsozialistische Kulturmelodie auf Hauschließen. „... nein, es steht nicht zu aus, als ob an diesem Welsen die Welt genesen soll.“ Zwischen durch hört man das deutsche Schlagwort: „Judenmorde“.

Eine Opposition gegen die katholische frömmelnde Oper an sich wäre begrifflich, nämlich auch ein Widerstand gegen die Sittensittens. Man experimentiert, insgesamt 42 Minuten lang, mit dem Film, der selbst zu einem lebendigen Faktor der Handlung gehört. In den traditionell geistlichen Hallen der Staatsoper ist das immerhin etwas Besonderes für viele stummlich etwas „zu Wobernes“. Die deutschen Filmkritiker stellen zum Teil aus älteren Kultur- und Spielfilmen, aber da das, was man fand, noch nicht genügt, so wurde die Staatsoper selbst zum Filmatell: Man drehte selbst. Das alles ist für die Staatsoper neuartig — aber die Sittensittens auf hohen Werten schon keinen künstlerischen Willen, keine künstlerischen Möglichkeiten, überhaupt nichts Künstlerisches, sondern nur den Ausländer. In bezeichnender Weise erzählen sich die Burgen politischen Scherzreden und alberne Antisemitereien, ziehen Butterbrote aus der Tasche, warten auf ihr Ge-

wort — das aber zu spät einlegt, weshalb im Grunde die ganze Aktion verpaßt. In der Sprengung von Dornauaufführungen fehlt es den Knaben eben an Routine.

Beim Hinausegehen des Opernhauses, man hört charakteristisches Gespräch zwischen zwei Knaben. „Sag mal, dieser Milhaud —“, „Sicher ein Jude. Wird Wambelbaum heißen. Auf französisch klingt das immer so harmlos.“ „Ma also“, befragt der andere trümpfend. „Und man verabschiedet sich.“ „Heil!“ sagt der eine mit martianem Augenblicken. „Heil!“ dommt der an dere zurück.

Dann gehen sie auseinander, Kulturträger, wie sie Botan er-schaffen hat.

Zusammenstoß. In dem Pariser Report St. Denis stieß am Dienstag ein Luftverkehr in voller Fahrt mit einem oder minder behaglich zusammen. Ein Personen erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen; drei mußten ins Krankenhaus geschafft werden. Die Schuld an dem Unheil liegt an der Luftwagenkäufer, der in vorwärtsbeweglicher Geschwindigkeit um eine Straßenkreuzung gefahren war.

Schiffsunterwühl. Der große Antiferdamer Dampfer „Bon Didenarneck“ stieß am Dienstag auf seiner ersten Ausfahrt nach Indien im Antiferdamer Nordseegebiet mit dem Dampfer „Reggestrom“ der holländisch-belasteten Linie zusammen. Der 20.000 Tonnen-Dampfer „Bon Didenarneck“ erhielt ein großes Loch oberhalb der Wasserlinie und mußte zurückschleppen werden. Auch das andere Schiff wurde ebenfalls stark beschädigt.

Die Brandstiftung in Nahsaba (New-Sampshire) führte zur Zerstörung von 200 Gebäuden. Von der Katastrophe sind hauptsächlich Arbeiter betroffen, die in dem abgebrannten Städtchen arbeiten und nur notdürftig versorgt waren. Der Bürgermeister hat die Schuld an einem Aufmarsch zur Unterdrückung der notleidenden Arbeiter erlassen. 700 Arbeiter wurden durch die Katastrophe arbeitslos.

In Indochina ist es am Dienstag zu neuen schweren Zusammenstößen mit einer Gruppe aufständischer Eingeborenen gekommen. Die Eingeborenen, die nach der amlichen Jahresmeldung von mehreren Kommunisten angeführt waren, verurteilten die europäische Stadt zu überfallen. Sie wurden von der Polizei mit dem Einsatz der Luftwaffe zurückgeschlagen. 20 Aufständische wurden getötet und mehrere verletzt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Weniger Diphterie in Amerika. Nach den Mitteilungen der New Yorker Gesundheitsbehörde ist die Kindersterblichkeit an Diphterie im Zeitraum der letzten sechs Jahre um 65 Prozent gesunken. Die Behörden betreiben eine außergewöhnlich intensive Kampagne, die im Jahre 1929 zur freiwilligen Impfung von 200.000 Kindern gegen die gefährliche Krankheit geführt hat. Im ersten Vierteljahr 1930 verstarben in New York City nur 82 Kinder an Diphterie.

Das amerikanische Wetter-Lotharobahn. Aus New York wird Sommerliche von einer Höchsttemperatur von 201, Grad Celsius gemeldet, aus Los Angeles hingegen eine mit obdem Schneefeld verbundene Kältemelde. Im Staat New-York, dessen immer mehr an Ausdehnung zunehmende Waldbrände von nicht weniger als 35.000 Menschen bekämpft werden, finden Bligostdienste um Regen statt.

Das Girl als Mitterfliegerin. Die 22jährige Fliegerin Mary Johnson startete ohne Begleitung von Flughafen London-Grays von einem Bergflug nach Australien. Die reifende Dame hat 80 Gallonen Brennstoff geladen und einen Ersatzpropeller an Bord. Der Helikopter soll über Wien, Konstantinopel, Aleppo und Bagdad fliegen.

Anfrage gegen die Mitterfliegerin. Franz und Erich Sch. hießen in Haft. Die Anfrage, die die Staatsanwaltschaft Berlin-Mitte gegen die Brüder inquisitorien erhoben hat, lautet auf verurteilten schweren Diebstahl.

Tirolerpest in einer Schule. Nach dem Bericht von verstorbenen Pflanzler erkrankten in einem Institut in Melleo bei Rastau 42 Schüler. Einer starb bereits; andere liegen in bedeutendem Zustand daneben.

Verurteilter Bankier. Der Berliner Bankier Ludwig Lewy wurde wegen betrügerischen und einfachen Bankrotts und wegen betrügerischen Betrages zu einer Gesamtfürsorge von einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt. Acht Monate gehen durch die Unterbringungshaft als verurteilt.

Wasserkraftwerk statt Pflanzerie. Durch Veranschlagung von Pflanzerie mit dem gültigen Wasserkraftwerk erkrankten im Städtchen Chemnitz-Hilberdorf fünf Personen. Sie wurden sofort in das städtische Krankenhaus überführt.

Aus der Partei.

Selbstmordversuch von Hans Markwald.

Frankfurt a. M., 6. Mai. (Eig. Draht). Der sozialdemokratische Abgeordnete des Preussischen Landtages Hans Markwald, bisher Chefredakteur der Frankfurter „Volkstimme“, und seine Frau nahmen am Montagabend eine so große Menge Bernonol zu sich, daß sie am Dienstag in demselben Zustande aufgefunden wurden und in lebensgefährlichem Zustande in das Krankenhaus übergeführt werden mußten. Der Zustand des Ehepaares hat sich am Dienstag gegen Abend etwas gebessert. Es besteht jedoch nach wie vor Lebensgefahr.

Markwald und seine Frau dürften das Bernonol aus Lebensüberdruß zu sich genommen haben. Richtig ist, daß Markwald mit Rücksicht auf die Ausübung seines Mandats und seine hierdurch erforderliche häufige Abwesenheit von Frankfurt durch einen anderen Redakteur der Frankfurter „Volkstimme“ ersetzt worden und Markwald sich nur der parlamentarischen Betätigung nach Berlin ausbehalten sollte. Kürzungen an seinen bisherigen finanziellen Einkünften waren nicht beabsichtigt.

Vor 30 Jahren war Genosse Markwald auch am dem derzeitigen Halberstädter Parteibüro, welches beim Genossen Schulze erfolgt, tätig. Von dort ging er 1901 nach Magdeburg.

Letzte Nachrichten

(Eigene Samt- und Drahtberichte.)

Keine Einigung in der mittelbessischen Metallindustrie. Halle, 7. Mai. (Eig. Funkt.). Die Schlichtungsverhandlungen wegen der Arbeitszeit in den Tarifgebieten der mittelbessischen Metallindustrie, die am Dienstag spät abends stattfanden, brachten, wie zu erwarten war, keine Einigung der Parteien. Die Gewerkschaften unter Führung des Deutschen Metallarbeiter-

verbandes fordern die 48 Stundenwoche. Die tägliche Arbeitszeit soll an den Tagen von Montag bis Freitag 8, am Sonnabend 6 Stunden betragen und die Arbeitgeber überaus hohen Aufschlag mehr zahlen. Die Arbeitgeber kündigen Lohnaufschläge an, wenn ihren Wünschen nicht Rechnung getragen würde. Die Entscheidung liegt nunmehr in den Händen der Spruchkommission, die der Vorstand des Schlichtungsausschusses am Montag, den 12. Mai, einberufen hat.

Kommunistische Ausbreitungen in Berlin. Berlin, 7. April. (Eig. Funkt.). Am Dienstagabend überfielen kommunistische Demonstrationen auf dem Kopenplatz in Berlin einen Polizeioffizier, schlugen ihn nieder und irratierten ihn mit Säulen. Seitengewehr und Gummihäupter wurden dem wehrlos auf dem Boden liegenden Beamten fortgenommen. Erst als der Offizier den Revolver zog, riefen die kommunistischen Umstehenden es gelang dem Offizier, der nach seiner Befreiung sofort die Verfolgung der Täter aufnahm, einen der Revolver festzunehmen und ihn einem inzwischen herbeigelaufenen Überfallkommando zu übergeben. Das dem Offizier entwendete Seitengewehr wurde später in einem Wohnhause am Kopenplatz wiedergefunden. Der Revolver ereignete sich in Zusammenhang mit den von den Kommunisten dem Revolver zugeworfenen Demonstrationen gegen den Versuch des Reichs-Präsidenten, die kommunistischen Umstehenden zu entlassen kam es zu Zusammenstößen. Ingesamt wurden über 20 Kommunisten zuungunsten und zur Feststellung ihrer Personellen dem Polizeipräsidium zugeführt.

Der Selbstmordversuch Hans Markwalds. Frankfurt a. M., 7. Mai. (Eig. Funkt.). Der Zustand des sozialdemokratischen Abgeordneten des preussischen Landtages und seiner Ehefrau, die am Montagabend große Mengen Bernonol zu sich nahmen, hat sich in der Nacht zum Mittwoch wieder verbessert. Das Ehepaar ist nach wie vor demwüßlos. Die Hoffnungen der Ärzte, es am Leben zu erhalten, sind nur gering. (Siehe unter „Aus der Partei“.)

Zwei englische Flugzeuge abgefliegen. London, 7. Mai. (Leulton). Wie das Luftfahrtministerium bekanntgibt, ist in der Nähe von Bedford ein britisches Kampfflugzeug abgefliegen, wobei der Beobachter getötet und der Führer schwer verwundet wurde. Ein zweites Flugzeugflugzeug ereignete sich in England in der Nähe von Hampton. Der Pilot, ein ehemaliger Offizier und Mitglied einer angesehenen englischen Familie, wurde getötet.

Internationale Friedenskonferenz. Merito-Gitt, 7. Mai. (Eig. Funkt.). Der Geschäftsträger der Sowjetunion in Merito namens Friedmann, der seit dem Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Merito und Sowjetunion in Merito-Gitt amtiert, ist am Dienstag verhaftet worden. Friedmann wird kommunistischer Umläufel beschuldigt. Er wurde noch am gleichen Tage des Landes verwiesen und von der Polizei über die Grenze abgedrückt.

Der Abend

Nr. 18

Mittwoch, den 7. Mai

1930

Zu Schillers 125. Todestag.

Die Frauen um Schiller.

Frauenmüde war nicht Friedrich Schillers starke Seite. Auch hat dieser Dichter nicht wie Goethe vom Mütterlein die Frohnatur und die Lust zum Fobulieren mit auf den Lebensweg bekommen. Friedrich Schillers große Kunst war herb, doch gemildert durch zarte Anmut. Wohl schuf der Dichter eine Reihe blutvoller Frauengestalten; es sei an die beiden Königinnen in „Maria Stuart“, an das Mädchen von Orleans, an die Thekla und die Gräfin Terzky in „Wallenstein“, an die Gertrud in „Tell“ gedacht; indes: überall stehen diese und andere Frauenfiguren schon in ihrer Gestaltung den männlichen Personen in den verschiedenen Dramen wesentlich nach. Und wo auch der Dichter außerhalb seiner Bühnenwerke von Frauen spricht: fast immer geschieht dies mit einem höchstens freundlichen, wenn nicht gar moralisierenden Ernst. Es sei neben anderem nur auf das „Mädchen aus der Fremde“ und die einschlägigen Bemerkungen in der „Glocke“ verwiesen. Vor einer schmachtenden Süßholzraspelei ist im ganzen Werke dieses großen idealen Mannes nichts zu finden.

Wie in seinem dichterischen Werk erscheint uns Schiller auch als menschliche Persönlichkeit. Gewiß ging eine lange Reihe Frauen durch sein Leben. Von jener Frau von Wolzogen, die dem Füllhäutling aus der Karlschule unter dem Namen eines „Doktor Ritter“ auf ihrem thüringischen Gute Bauerbach Unterschlupf gewährt hat, bis zu der ehelich angetrauten Gattin, der einstigen Lotte von Lengefeld, hat Schiller Bekanntschaften geknüpft, die große Schwärmererei aber ist, feilsch und körperlich, nicht über den Dichter des Griechentums gekommen. Frau von Wolzogen, die für den damals Dreißigjährigen viel getan hat, war ihm in seinen Briefen zwar eine „zärtliche Freundin“, und die Verehrung für die Mutter übertrug Schiller gar bald auch auf deren Tochter Lotte. Liebesbeteuerungen blieben der einen wie der andern gegenüber nicht aus: doch das Scheiden von beiden ist dem jungen Dichter absolut nicht schwer geworden. Auch die kurzen Beziehungen zu Margarete Schwan, der Mannheimer Buchhändlerstochter, waren nur eine Episode, die keine starken Eindrücke hinterließ.

Viel wesentlicher war das Verhältnis Schillers zu Charlotte von Kalb, der Gattin eines in französischen Diensten in Landau stehenden Majors. Frau von Kalb lebte erst in Mannheim, später in Weimar. Ihr Gatte, der dem jungen Dichter freundschaftlich zugegan war, hatte anscheinend gegen das Verhältnis seiner Frau zu Schiller nichts einzuwenden. Jedenfalls muß er, wie Schiller selbst erzählt, die sehr intime Freundschaft zwischen den Beiden bestimmt gekannt haben. Fest steht aber auch hier, daß Verlangen und Leidenschaft in der Hauptsache auf Seiten der Frau gewesen sind, und daß es dem Dichter nicht schwer gefallen ist, sich inzwischen auch mit anderen Liebes- bzw. Eheprojekten ein wenig zu beschäftigen. So besprach er mit seinem Freunde Körner Heiratspläne bezüglich einer Tochter Wielands und anderes.

Eigenartig berührt das Verhalten des Dichters gegenüber den etwas lockeren Sitten am Weimarer Hofe. Die Damen und Herren um Karl August waren gewiß keine Tugendhelden, Schiller aber hatte selbst gegen kleine Schwächen kaum Nachsicht. Er teilte in kleinerem Kreise und besonders in den Gesprächen mit seiner späteren Gattin über die Vorkommnisse am Hofe viel Tadel aus. Nur Goethes Geliebte, Frau von Stein, schaltete er aus seiner Kritik aus. Sonst aber war er in punkto Sittlichkeit ein recht scharfer Richter. Was immerhin bei dem Liebesgenossen der verheirateten Frau von Kalb ein wenig befremdend erscheint.

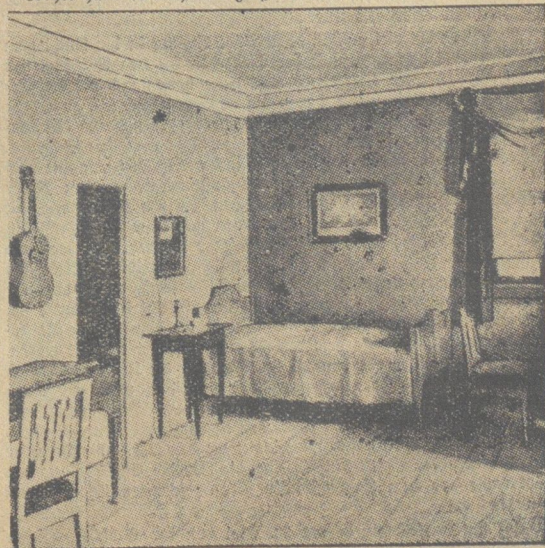
Uebrigens hat auch Schillers Gattin auf die später Goethe angehaute Christine Vulpius sehr verächtlich herabgeblickt. Man ließ es „das Mensch“ sehr deutlich merken, daß es aus unterem Stande war, und wäre Goethe nicht der große Herr Geheimrat und Minister gewesen und hätte er nicht am Herzog einen so guten Freund gehabt, so wären der Christel von den eifersüchtigen Hofdamen die

Lage noch schwerer gemacht worden. In diesen Dingen urteilte sogar der auch als Dichter nicht unbekannt würdige Herr Hofprediger Herder viel nachsichtiger. Schiller und die anderen von der Kunst waren also päpstlicher als der Papst.

Die große Entscheidung in Friedrich Schillers Leben kam, als er sein achtundzwanzigstes Lebensjahr hinter sich hatte. Er war noch einmal nach Bauerbach zu seiner alten Freundin Frau von Wolzogen gereist, die damals vor der Vermählung ihrer Tochter stand, zu der Schiller nun sein Gutachten abgeben sollte. Der Dichter erklärte sich mit dem Werber am Lotte von Wolzogen einverstanden und ritt dann mit dem Bruder Lottens nach Weimar zurück. Unterwegs kehrten beide in Rudolstadt ein, um dort Verwandte der Familie zu besuchen. Dieser Besuch galt einer verwitweten Frau von Lengefeld, die zwei Töchter besaß. Die ältere dieser beiden an einen Herrn von Beulwitz verheiratet und war in ihrer Ehe wenig glücklich. Sie war bereits seit längerem die stille Liebe des jungen Wolzogen, der sie später auch geheiratet hat. Karoline war eine durchaus anziehende Frau, geistreich und lebhaft. Schiller hat sich gern, oft und eingehend mit ihr unterhalten. Seine anfängliche Verehrung galt ganz ihr. Und lange hat er geschwankt, ob er die inzwischen verwitwete Karoline oder die noch ledige jüngere Charlotte zur Frau begehren sollte.

Schiller hatte gewiß keine Freude an geistvollen Frauen. Doch als Ehegefährtin, als Hausgenossin wünschte er sich ein unbedeutendes, anhängliches, einfaches Geschöpf. Zumindest eine Frau, die unter ihm stand. So konnte er sich auch zu einem ersten Wort an Karoline nicht entschließen. Zwei Jahre zogen sich so die Dinge hin. Karoline, die mittlerweile den Dichter ganz durchschaut hatte, griff nun selbst ein. In einer Unterredung machte sie den Freund darauf aufmerksam, daß ihre Schwester Lotte ihn liebe. Worauf dann Schiller Lotte seinen Antrag machte. Des Dichters Tochter hat später die Briefe, die Schiller während seiner Brautzeit an die Schwägerin Karoline geschrieben hat, verbrannt; sie waren die Zeugen einer Doppelbrautchaft, die man lieber der Öffentlichkeit nicht unterbreiten wollte. Die Hochzeit des Paares war auf den 22. Februar 1790 angesetzt. Frau von Stein, die Freundin Goethes, hatte beim Herzog ein Jahresgehalt von zweihundert Talern für Schiller erwirkt, damit das junge Paar auch leidlich leben könnte.

Vorher hatte es noch eine große Auseinandersetzung zwischen dem



Schillers Sterbezimmer in Weimar.

Bräutigam und Frau von Kalb gegeben, die nun plötzlich, als sie sah, daß Schiller Ernst machte, in Eifersuchtsraserei verfiel und Lotte gegenüber kirchliche Szenen am Weimarer Hofe machte. Frau von Kalb wollte ihre Ehe mit dem Major lösen und Schiller zum Gatten haben. Später hat sie sich übrigens mit dem Dichter ausgesöhnt und auf dessen Rat hin den jungen Hölderlin zum Erzieher ihres Sohnes gemacht.

Schillers Ehe mit Lotte von Bengelsfeld floß friedlich dahin. Nur, daß er jetzt viel stärkere Brot sorgen hatte und noch mehr als früher arbeiten mußte, was seiner Gesundheit in schwerstem Maße abträglich wurde. Schon nach einem Jahre brach er zusammen, und nie ist er wieder ganz gesund geworden. Als er am 9. Mai 1805 abends gegen sechs Uhr starb, hielt Lotte seine Hand in der ihren. Fünfzehn Jahre waren die Beiden verheiratet gewesen. Der Ehe waren vier Kinder, zwei Knaben und zwei Mädchen, entsprossen. Die Gattin Friedrich Schillers hat ihren Mann um zwei Jahrzehnte überlebt. Nach seinem Tode machte sie eine längere Reise an die Stätten der Kindheit ihres Mannes. Sie zog später nach Bonn und liegt dort begraben. Fünfzehn Jahre später wurde in das gleiche Grab auch ihr jüngster Sohn Ernst, der im Alter von 44 Jahren starb, bebettet. Sein letzter Wunsch war, an der Seite der Mutter begraben zu sein. Da der Raum sich als zu eng erwies, stellte man die Särge übereinander. Das hatte zur Folge, daß der schon verrotete Schrein der Mutter zusammenbrach und der des Sohnes in diesen hineinsank. —

Die erste Biographie Friedrich Schillers aber schrieb keine von ihm geliebte Schwägerin Karoline von Wolzogen, geborene von Bengelsfeld. J. Kliche.

Das Kassengewölbe in Weimar.

Gegen die Legenden um Schillers Begräbnis.

Im Weimarischen Wochenblatt des Jahres 1805 (Nr. 39 vom 15. Mai) ist unter der Rubrik „Beerdigte bei der Stadtgemeinde“ folgendes zu lesen: „Den 12. Mai Nachts 1 Uhr wurde der in seinem 46. Lebensjahre verstorbene Hochwohlgeborene Herr C. Fr. von Schiller, F. Sächs. Weimaringenscher Hofrath, mit der ganzen Schule erster Klasse in das Landschaftskassen-Beisengewölbe beigelegt, und Nachmittags 3 Uhr der Vollendeten Todtenfeier mit einer Trauerrede Sr. Hochwürdigsten Magnifizenz des Herrn Generalsuperintendenten Vogt in der St. Jakobskirche begangen, und von der Fürstlichen Kapelle vor und nach der Rede eine Trauermusik aus Mozarts Requiem aufgeführt.“ Mehr wissen wir aus gedruckten Zeugnissen über die Bestattung Schillers nicht. Heinrich Voß erwähnt ein Jahr später in seinen Briefen diese Totenfeier und klagt: „Von der Beerdigung laß mich schweigen und so auch von den Worten des Redners, die — nur Worte waren.“ Das schrieb Heinrich Voß ein Jahr nach dem Tode Schillers, als zu einer Zeit, da sich seine große Empörung über die geringe Anteilnahme an Schillers Tod schon etwas gelegt hatte. Wenn man in den Geschichtsbüchern liest, könnte man glauben, Schiller sei in einer Weise bestattet worden, die seiner Stellung entsprach. Solchen beschönigenden Ausführungen muß entgegengetreten werden, denn die Anteilnahme Weimars am Tode Schillers war wahrlich gering.

Es hätte nicht viel gefehlt, dann wäre Schiller in der Nacht zum 12. Mai 1805 von der Junft der Schneider, die das Bahnruch mit den Insignien ihres Handwerks zur Stelle hatten und die die Bestattung, wie üblich, gegen Bezahlung ausführen wollten, zu Grabe getragen worden, ohne daß sich auch nur ein Mensch um das Begräbnis gekümmert hätte. Der damalige Bürgermeister Schwabe, Mitbewohner des Schillerischen Hauses in der Esplanade, konnte noch am späten Abend einige bekannte Persönlichkeiten, wie den Maler Bagemann, Heinrich Voß ufm. austreiben, die um Mitternacht mit dem einfachen Sarge Schillers auftrachen und über den Marktplatz zum Jakobsfriedhof durch das stille Weimar schritten. Vorher hatte Schwabe die Forderungen der Beichenträger befriedigt. Mehr als 20 Jahre mußten verstreichen, ehe man sich darauf besann, daß hier ein Unrecht geschehen sei. Man fühlte das Unrecht und glaubte sich zu einer Ehrung verpflichtet, nachdem auch die Stimmen, die die Errichtung eines Denkmals gefordert hatten, ungehört verhallt waren. Und als man jetzt wieder einmal einen Blick in die lange verschlossenen gewesen Räume des Kassengewölbes tat, fand man nur einen „wüsten Haufen nackter, vermoderter Gebeine“. Man suchte nach Schillers Schädel und wählte unter den elf vorgefundenen einen aus, der allgemein als der richtige bezeichnet worden war. Ein Jenenser namens Schröder erhielt den Auftrag, die Gebeine Schillers aus den Irdbeweise aus dem Kassengewölbe herausgeschafften Knochen herauszufinden.

Im Jahre 1854 wurde am 20. Mai von der Großherzoglichen Oberbaudirektion beschlossen, das Kassengewölbe abzubauen. Damit wurde die Kette der Zerstörungsarbeit auf dem

historischen Jakobsfriedhof in Weimar vollendet. Die durch den Abbruch gewonnenen Steine wurden bei staatlichen Bauten verwendet. So fanden die Steine Verwendung beim Bau des Rechnungsamtes, der fiskalischen Ziegelei in Oberweimar und bei der Kleinfinderbe- wahrenanstalt. Ein Sandstein aus der Fassade wurde dem Gemeinde- vorstand überlassen, um als Beirat zu dem amerikanischen Nationaldenkmal in Washington gefandt zu werden. Nachdem der Schlüssel zum Kassengewölbe im Schillerhause zur Aufbewahrung übergeben worden war — das war im Jahre 1857 —, entschloß man sich nach zwei Jahren in die Tafel an der Rückwand eines Hauses der Jakobstraße mit der Inschrift „Schillers erste Begräbnisstätte“ anzubringen.

Im Jahre 1911 begannen am 28. August die Arbeiten zur Wiederaufreilegung des Kassengewölbes, dessen Oberbau je völlig beseitigt war, in dessen Gewölbe jedoch noch die Knochenreste der Leichen lagen. Die Arbeiten wurden durchgeführt, um den „richtigen“ Schädel Schillers zu suchen und zu finden. Professor Froberg-Tübingen stellte umfangreiche Untersuchungen seiner Funde an und kam zu dem Ergebnis, daß er den Schädel Schillers gefunden hätte. Ueber das Ergebnis dieser Arbeiten sei an dieser Stelle nicht ausführlicher gesprochen. Unser Interesse wendet sich in erster Linie dem Kassengewölbe zu, das in der südöstlichen Ecke des Jakobsfriedhofes sich befand. Das Kassengewölbe — oder besser und richtiger gesagt: Landschaftskassengewölbe — ist ursprünglich als Familien-Erbegräbnis entstanden. Der Erbauer war ein kunstverständiger und wohlhabender Mann. Es handelte sich um einen für die damalige Zeit sehr ansehnlichen Bau mit wirkungsvoller Fassade. Die obere Halle trug eine leicht geschwungene Kuppel. Durch eine Falltür konnte man in die Gruft gelangen. Dort waren die Särge aufgebahrt. Sie wurden erst nebeneinander, dann übereinander gesetzt. Mit der Zeit zerfielen die Särge, und da immer neue Särge hinzukamen, ebnete man die Särge ein, so daß im Laufe der Jahre immer neue Schichten von Steletten und Holzteilen die Grundlage für die neu antommenden Särge bilden mußten.

Das Landschaftskassengewölbe sollte zuerst Privat-Erbegräbnis werden und wäre dem eben geschilderten Zustand nicht verfallen, wenn der Besitzer nicht ein sehr bewegtes Leben gehabt hätte. Als Erbauer des Gewölbes ist der Landrentmeister Christoph Jenichen festgestellt worden. Jenichen war seit 1705 oberster Verwalter der Einkünfte des herzoglichen Hauses unter Herzog Wilhelm Ernst. Im Jahre 1719 wurde Jenichen wegen gewissenloser Amtsführung in Untersuchungshaft genommen. Das Disziplinerverfahren gegen ihn zog sich recht lange hin und hatte zur Folge, daß auch der Landschaftskassierer Schmidt, auf dessen Namen Jenichen das Kassengewölbe aus nicht näher bekannten Gründen erbauen ließ, verhaftet wurde. Als nach drei Jahren Jenichen aus der Haft entlassen wurde, war Schmidt inzwischen aus Weimar verzogen und hatte das Gewölbe an die Landschaftskasse verpfändet. Obwohl Jenichen wiederholt sein Eigentumsrecht geltend gemacht hatte, gelangte er nicht wieder in den Besitz des Gewölbes. Er war 1724 wegen Unterschlagung verurteilt und aus dem Staatsdienst entlassen worden. Verluße der Landschaftskasse, das Gewölbe zu verkaufen, scheiterten an den niedrigen Summen, die dafür geboten wurden. Schließlich verblieb es als Eigentum der Landschaftskasse und wurde auch als deren Eigentum in das Erbegräbnisregister eingetragen. Es wurde eine Mietbegräbnisstätte, die von den Adligen viel benutzt wurde, weil es damals als bürgerlich angesehen wurde, wenn jemand nicht in einer Gruft beigelegt war. Weil der grundherrliche Adel Gewölbe-Begräbnisse besaß, wollte auch der weniger besitzende Dienst- und Briefadel solche haben, um ihre Toten darin beisetzen — nicht „beerdigen“ — zu lassen. So wurde denn das Kassengewölbe eine Masse gruft, in die unter dem Bann des Standesurteils Tote beigelegt wurden. Ihnen war die Hauptsache, daß die Toten beigelegt waren; das Wie scheint keine besonders große Rolle gespielt zu haben. Begräbnisse dieser Art gab es in Weimar sehr viele. Das vornehmste war das „Hochadlige Leisengewölbe unter dem Turm zu St. Jakob“, welches vom Oberkonsistorium vermarktet wurde. Aus Urkunden geht hervor, daß dieses Gewölbe im Jahre 1760 nicht mehr ausreichte, denn man schreibt: „Das Gewölbe steht dergestalt voller Leichen, daß keine mehr hineinzubringen ist.“

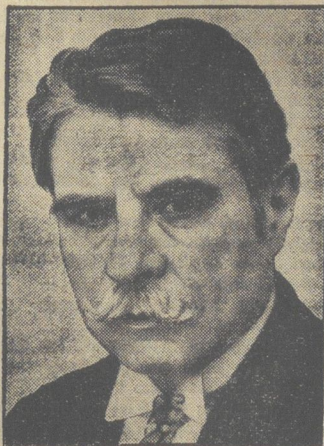
Ein solcher Zustand war auch öfter im Kassengewölbe, dem ersten Bestattungsort Schillers, zu verzeichnen. Wer das Kassengewölbe gefüllt, dann wurden die Särge „versenket“ — d. h. die morschen Holz- und Leichenteile wurden gleichmäßig auf dem Erdboden des Gölbes ausgebreitet und geebnet —, damit neue Särge Platz hatten. Vom Jahre 1775 bis 1788 wurden 21 meist adlige Personen beigelegt. Im Verzeichnis der im Kassengewölbe Beigesetzten heißt es: „Nach der Beerdigung des Herrn Hofmarschall von Wilsleben sind in diesem Begräbnis die alten, zusammengefallenen Leichen gänzlich senket worden, und keine mehr geblieben, als die sechs letzten. Davor bekommen 12 Thaler.“ Nach der Beerdigung von Schiller heißt es im Register, die Gruft sei „wieder voll“. Nota. Den 24. Januar 1807 habe ich in diesem Begräbnis 4-5 Leichen versenket.

Dafür bekommen von Gores (einem Engländer und Freund der Herzogin Amalia) 10 Kronenthaler." So wiederholten sich von Zeit zu Zeit die „Räumungen“ des Gewölbes. Und als man zum ersten Male nach Schillers Gebeine suchte, fanden die Särge übereinander, waren zerfallen, verkauft und ihr Inhalt bildete einen wüsten Haufen nackter, vermoderter Gebeine“.

Diese kurze Geschichte des Kassengewölbes zu Weimar sei wieder gegeben angesichts der Tatsache, daß sich der Todestag Schillers zum 125. Male jährt. Im übrigen sei bemerkt, daß Weimar das Kassengewölbe vor einigen Jahren wieder errichtete. Da Reste von Kapitälchen und Gesimsen und außerdem auch Zeichnungen und Aufnahmen des Kassengewölbes vorhanden waren, hat man das Gebäude rekonstruiert und in ziemlicher Vehnlichkeit mit dem früheren errichtet. Der Jacobsfriedhof, auf dem sich auch die Grabstätten von Christiane Vulpius, Musäus und anderen bekannten Persönlichkeiten befinden, hat damit die alte historische Stätte wieder erhalten.

Wilh. Kindermann.

Hans Baluschek.



Zu seinem 60. Geburtstage am 9. Mai.

Man muß diesen Mann, den wir mit den nachstehenden Zeilen in Dankbarkeit und Verehrung zu seinem 60. Geburtstage am 9. Mai begreifen und beglückwünschen wollen, wenigstens einmal gesehen und sprechen gehört haben. Man vergißt das nie mehr und ist dankbar, einer solchen ungewöhnlichen Einheit von menschlicher Begeisterung und sozialkünstlerischem Tatwillen begegnet zu sein. Ein jeder von uns, der gleich dem Künstler, mit starkem Glauben an die politische, wirtschaftliche und kulturelle Mission der deutschen Arbeiterschaft, an ihren Willen zur sozialen Umformung der bestehenden Gesellschaft von einem ganz anders gearteten antibürgerlichen, antikapitalistischen, sozialkonstruktiven Standort aus, erfüllt ist, fühlt sich der großen Familie des Proletariats, der Entrechteten und Ausgebeuteten, zugehörig, in der auch das Werk Baluscheks wurzelt. Ja, er ist nicht nur ein Sohn seiner Zeit, des industriellen und technischen Jahrhunderts, das er liebt, und das er mit gläubigem Bewußtsein, in sozialer und künstlerischer Funktion zu verändern und im sozialistischen Sinne zu gestalten sucht, er ist auch ein Sohn des Proletariats. Dank seiner ungeheuren künstlerischen Schöpfungs- und Darstellungsfähigkeit, die er in harter Arbeit zu einer ganz ungewöhnlichen Einmaligkeit ausgebildet hat, ist er im Laufe seiner Entwicklung zu dem deutungsreichen Chronisten der seelischen Geschichte des Proletariats geworden. Sein fortdauerndes Lebenswerk, das wir bei dieser äußeren Gelegenheit in uns wachrufen, oder denen, die ihm noch nicht begegnet sind, hinweisend umschreiben wollen (dazu auch diese Zeilen gelten) ist in seiner familiären Nähe die Leidens- und Lebensgeschichte der arbeitenden Menschheit. Es ist nicht zum ersten Male eine Leberheftigkeit, wenn wir den Menschen und Künstler Baluschek mit freudig Lob und Preis bedenken. Man muß sich bei dieser Gelegenheit einmal vor Augen führen, was so eigentlich die Besonderheit seines künstlerischen Schaffens für das Proletariat und für die Sozial- und Kulturgeschichte des Deutschen Volkes von den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts an bedeutet. Wenige Maler der Jahrhunderte haben den arbeitenden Menschen, der doch mit seiner Arbeitskraft Anfang und Ende aller menschlichen Entwicklung ist, in seiner grauamen Verflawung und erschütternden Heimatlosigkeit in der Mittelpunkt ihrer künstlerischen Betätigung gestellt. Vielen war er zu schmutzig, zu verquält, zu

kulturlos, um das Recht zu haben, auf die Leinwand zu kommen, andere sahen in ihm nur ein tölpelhaftes, feineren Vermögensvermögen unfähiges Arbeitstier, und so ist er ja auch meistens dargestellt worden. Andere Maler, die von den sozialen Forderungen der Zeit ein wenig belect wurden, verfielen in eine erbärmliche, wohl-gut gemeinte, doch verlogene und vor allem amative Weinerlichkeit, oder idealisierten den Proletarier mit einer falschen Pathetik. Mit wirklicher Liebe ist er nur von wenigen bedacht worden, und wirkliche soziale Aufgeschlossenheit, aus dem notvollen Bedürfnis, das Uebel aus der Welt zu schaffen, beginnt erst nach dem Wetterleuchten der französischen Revolution sichtbar zu werden. Rembrandt kann nur als ein frühes Beispiel Geltung haben. Die jüngste Kunstgeschichtsschreibung begnügt sich auch in diesem Fall damit, den *Arme-Leute-Zeichner* in Rembrandt in eine Ede ihrer stieren Abhandlungen, die einem Erbegräbnisplatz gleich kommen, abzuschreiben. Erst im 19. Jahrhundert erstehen dem Proletariat und dem sich aus den Fesseln des Feudalismus und Absolutismus befreienden Bürgertum in mehr oder weniger Entschiedenheit Gleichgesinnte, die sich der zeitdokumentarischen und revolutionären Aufgabe der Kunst bewußt wurden. De Croux, Millet, Daumier, von Gogh, Steinken, Meunier, fast sämtlich gallischen Ursprungs, wären zu nennen, die sich zum Teil, wie im Falle Daumier, Steinken und Meunier, der zeit- und gesellschaftskritischen Front gegen Königs-herrschaft, Feudalstaat, Kirche, Justiz, Sklaverei, alles Ursachen proletarischen Elends, einreichten. Aus der zeitgenössischen Kunst sei vor allem an Dig, Wollheim, Fetschmüller, Groß, Kollwitz, am nur Deutsche zu nennen, erinnert. Aber das Werk dieser vortrefflichen Maler und Graphiker, deren hilfreiche Unterstützung des Befreiungskampfes der arbeitenden Menschheit dankbar anerkannt werden soll, ist doch in der grundsätzlichen Anlage und der Andersartigkeit der künstlerischen Mittel von Baluschek grundverschieden. Von der großen Frau und Künstlerin Käthe Kollwitz abgesehen, ist doch auch die anläugerische Note der oben genannten Künstler nur ein Bruchteil ihrer künstlerischen Betätigung, zum anderen nur Ausdruck revolutionärsympathischer Erregungen, darin sich das Werk unseres Freundes Baluscheks nicht erschöpfen kann. Der bekannte, als Kulturkritiker wie als Verfasser der inhaltsreichen *Charitaturbände* gleichfalls verdienstvolle Genosse Friedrich Wendel nennt in seiner schönen *Baluschek-Biographie* (bei J. S. W. Diez, Berlin) das Werk des Künstlers „in seiner Totalität eine analytische Monographie des deutschen Proletariats in der Ägide bürgerlicher Volksherrschaft, somit ein Stück gemalter Geschichte“. In diesem Sinne ist Baluschek der *Karl Marx* der zeitgenössischen Kunst! Mit gleicher Energie und sozialistischer Fähigkeit begabt wie der große Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, erobert er sich die soziale Eindringlichkeit eines analytischen Naturalismus für seine künstlerische Aufgabe. Sein Werk ist wie ein soziologisches Tagebuch, in das er mit Pinsel und Stift das qualvolle Gesicht der Zeit, das durch Elend, Entrechtung, Unterdrückung, Kampf zerrissen und zersurdigt ist, einzeichnet. Aus seinen vielen Bildern und Kartons können wir die schicksalsverfluchte Trostlosigkeit der Fabrikhölen, die bittere Armut der Vorstädte, die während primitive Lustigkeit der Raubentolonisten und die haltlose Zwitterhaftigkeit des Kleinbürgertums in seiner geistigen Bedürfnislosigkeit und seelischen Vertriebenheit, eines Kleinbürgertums, das sich seiner Klassenstellung noch nicht bewußt geworden ist, ablesen. Als überzeugter Sozialist von früher Jugend an, hat er den Aufstieg der zum Selbstbewußtsein erwachten Arbeiterklasse, indem er ihr den Spiegel ihrer Seele vor Augen hielt, durch die herrliche Gewalt seiner großen Kunst und nicht zuletzt durch das Feuer seiner überzeugungsträchtigen Beredsamkeit und durch die gewissenhafte, pflichtbewußte Ausübung seiner sozialen und pädagogischen Funktionen (als Mitglied der Berliner Kunstdeputation, des Reichsbildungsausschusses der SPD, an der Volkshochschule Berlin etc.) unterstützen helfen. Durch das beeindruckende Beispiel seiner menschlichen Wesenhaftigkeit und seines sozialkünstlerischen Tatwillens hat er dem deutschen Proletariat den Glauben an die eigene Kraft gegeben. Er öffnete ihm die Augen für die grandiose Schönheit des zyklischen Zeitalters, das es einstmals in solidarischer Verbundenheit, zum Segen aller erfüllen soll. Erschütterter von dem unglückseligen Verhältnis zwischen Mensch und Maschine hat er immer wieder die Sehnsüchte der verflawten Kreatur, die um ihre seelische Heimat und um einen neuen Sinn der Arbeit kämpft, zu gestalten verflucht. Seine Liebe für die Welt der Technik, der Industrie und Verkehrsanlagen, die er überhaupt als Erster in all ihrer dampfburchtobten, lichtdurchflühten Ungeheuerlichkeit dem Kunstinteresse erschlossen hat, ist nur Ausdruck der naturbewältigenden Kraft der neuen Zeit, die in ihm, dem ureigensten Maler des Proletariats, einen glaubensstarken, zupackenden Genossen gefunden hat.

Walter G. Osjilewski.

Schwüle vor dem Sturm.

Novelle von I. Ruygrof.

Guattiero legte seine Hand auf Cors Arm. Während seine andere Hand nach den Bergen wies, die die italienische Riviera umgaben, sagte er:

„Ich glaube, Signore, daß es bald losgehen wird. Aber dieser Sirotto kann nie lange dauern, und das ist nur gut, denn solch eine schwüle Hitze wäre nicht auszuhalten.“

Cor nickte ernst und blickte nach der kleinen zarten Gestalt, die ihn begleitete. Er sah die Spannung in ihrem feingeschnittenen Mädchengesicht, in dem die großen Augen wie absolute Souveräne herrschten. Es war reizvoll, diese Augen anzusehen, und darum gögerte er einen Moment, bevor er die Worte des Führers für Lu, seine kleine Schwägerin, übersehte. Lu erschrak so, daß er darüber lachen mußte. Es fiel ihm wieder auf, daß sie doch eigentlich noch ein ganz kleines Mädchen war.

„Ich wollte, daß der Sirotto erst vorbei wäre,“ seufzte sie. „Ich kann solch eine ungesunde Treibhausluft nicht vertragen.“

„Du bist ein durch und durch gesunder Mensch“, lobte Cor. „In Deinem Leben werden wenig Sirottos wehen. Und das ist gut für.“

Cor wachte sich den Schweiß von der Stirn. Dieses Wetter war wirklich nicht geeignet, einen langen Ausflug zu machen, und es war seine Idee nicht gewesen. Selbst Guattiero hatte abgeraten, aber Annie, seine Frau, hatte darauf bestanden, heute nach Portofino zu gehen. Es war der Wunsch von Annie und Jan gewesen. . . . Warum nur?

Ach, es war schrecklich, daß er mit niemand, mit niemand darüber sprechen konnte. Es war zum Verrücktwerden in diesen letzten Tagen. Seitdem Jan gekommen, und sich ihnen angeschlossen hatte, war eine Spannung eingetreten, die viel Ähnlichkeit mit einem Sirotto hatte. Es war furchtbar, daß er Annie, seiner eigenen Frau, nicht mehr in die Augen zu sehen wagte, aus Angst, eine schreckliche Wahrheit darin zu lesen. Und doch war ja nichts, nichts, nichts, sagte er sich immer wieder.

Sie gingen freilich sehr vertraut miteinander um. Es war so plötzlich entstanden, und sie legten sich keinerlei Rücksicht auf. Ach, es war nichts. . . .

Auf diesem Ausflug nach Portofino gingen sie wieder zusammen, und sie folgten in einiger Entfernung. Es war doch ganz erklärlich: er mit Guattiero und Lu voran und Jan mit Annie hinterher. Nein, nein, das bedeutete nichts.

Borgestern hatte er Annie und Jan in einer Baube ange getroffen, als Annie Jans Hand hielt. Cor war einen Moment erschrocken, seine Frau jedoch nicht. Jan starrte vor sich hin und Annie lächelte, wie sie allein lächeln kann, still und lieb. War es vielleicht doch etwas?

Ja, heute morgen. . . . O, es war seine Schuld nicht gewesen, daß er es gehört hatte. Sie hatten von ihm gesprochen und Annie hatte gesagt: „Er merkt es nicht. Ich kenne ihn. Er ist zu naiv.“ Und das war nun alles. Hatte es etwas zu bedeuten?

Unwillkürlich war er immer schneller gelaufen. Es war, als ob ein wahendes Urteil ihn vorwärts trieb, so daß Lu alle Mühe hatte, mit ihm Schritt zu halten.

„Wollen wir nicht auf Annie und Jan warten?“ schlug Lu vor. Cor schüttelte heftig den Kopf. Er trocknete sich von neuem die Stirn. Es war unsinnig, es war töricht, aber er hatte zu große Angst, um jetzt zu warten.

„Nein“ sagte er, „komm weiter!“

„Ich finde dich heute sehr merkwürdig. Was hast du bloß?“ wollte Lu wissen.

Cor machte ein kurzes, schneidendes Lachen. Lu ahnte nichts. Sie vermutete, daß Lu und Annie folgten, und er wußte, daß. . . .

„Es ist nichts“, sagte er. „Komm nur. Es ist der Sirotto. . . .“ Guattiero, Lu und Cor hatten den höchsten Punkt von Portofino erstiegen und genossen in stillem Entzücken die Aussicht auf das Meer. Sie warteten nun schon zwei Stunden auf Jan und Annie, die nicht gekommen waren.

Lu war hingerissen von diesem Meer, daß sie von Holland aus kannte, und das doch wieder so ganz anders war. Hier schien die rohe Kraft der frischen Baurerendimen, wie sie sich in Holland zeigte, gezähmt, aber nicht durch Gewalt, nicht durch Gegendruck, sondern durch die Sanfmut der Liebe. Dies war das Meer, das sich nur aus Liebe dem Rohen entrunnen, das das Arbeitskleid abgeworfen hatte, um sich in Gewändern von grün und blau, durchzogen von Silberstreifen zu zeigen, in Feiertagsgewändern, mit so erlesenem Geschmack gewählt, daß die Verwandlung wie ein Wunder schien. Hier kannte die See die ewige Ruhelosigkeit derer, die lieben; sie jubelte und sang und weinte vor Liebe.

Aber das war alles dort unten: Sang und Spiel und Kampf. Hier oben, wo sie standen, und auf Annie und Jan warteten,

herrschte ewige Ruhe. Hier klang das Herantrollen und Aufschlagen der Wellen wie ein lautes Lachen der Freude, das sich frei weiß von menschlichen Leidenschaften. Hier triumphierte das Meer mit Lachen und Jubeln über alles, was Menschen bedrücken konnte.

Und obwohl die Minuten zu Viertelstunden wurden, geschah doch das Wunder: Cor begann sich tief zu schämen. Der ergreifende Viebesgesang des Meeres, der sich ihm hier offenbarte, ließ ihn fühlen, wie schwächlich er seine Liebe verleugnet hatte, indem er etwas glaubte, was nicht wahr sein konnte.

Und Viertelstunden wurden zu Stunden. Aber Annie und Jan waren nicht gekommen.

Guattiero blickte beim Abstieg immer besorgter drein. Sogar hier noch, auf diesem hochgelegenen Punkt, fühlte man die zitternde, warme Luft des Sirottos. Die Spannung hatte den Höhepunkt erreicht, und der Ausbruch mußte schrecklich sein.

Cor ging noch schneller als auf dem Himmeg, aber — merkwürdig — Lu war ihm jetzt immer voraus. Ja, es war merkwürdig, aber gar einmal schien es ihm, als ob das Mädchen, das vor ihm ging, gar kein Kind mehr, sondern im Tempo eines Märchens zur Frau herangewachsen. Die Veränderung war so vollkommen, daß er sich nicht mehr vorstellen konnte, daß er ihr soeben noch mit spielerischer Gebärde einen Schlag auf die Wange gegeben hatte.

Aber wenn Lu Frau war, dann schmerzte es um so mehr, so in vollem Vertrauen wandeln zu sehen, während doch jeder Schritt die Wahrheit näherbrachte: daß Annie und Jan. . . .

Nein, er konnte, er wollte es nicht ausdenken. Aber wie ein Negitatio aus einem Oratorium erklangen immer wieder Annies Worte: Er ist zu naiv. . . , er merkt es nicht. . . .

Guattiero blieb stehen und zeigte zum Himmel.

„Verdammt“, fluchte er. „Passen Sie auf, meine Herrschaften!“ Weder Lu noch Cor hörten auf ihn, sondern eilten weiter in raschem Schritt.

Möglichst war es, als ob ein Riese mit einer einzigen Armbewegung die schwüle Hitze wegsegte, und es war derselbe Riese und noch zehn, noch hundert andere außer ihm, die beim Gelingen ihrer Absicht ein lautes Gebrüll erhoben.

„Zum Teufel!“ fluchte Guattiero von neuem. „Vorwärts, Herrschaften!“

Ein Brüllen ertönte, das zuerst klang wie das Pfeifen auf einer Fföte aus Hohlenderholz, dann wie das Trompeten vorweltlicher Mastodons, dann wie das Loben des Windes nach einem Sirotto. Die ersten dicken Regentropfen fielen, und Guattiero winkte den beiden, daß sie in einer kleinen offenen Kapelle, die am Wege stand, Schutz suchen sollten.

Cor rief etwas zurück, aber im selben Augenblick stieß Lu einen Triumphschrei aus. Unter dem Schuttdach der Kapelle saßen Annie und Jan.

Jan sah so verlegen drein, wie ein Junge, der Schelte bekommen hat, und Annie lachte trotz der Schmerzen, die ihr ein verstauchter Fuß verursachte.

„Cor!“ rief sie, „was habe ich deinetwegen für eine Angst ausgestanden! Hast du schon solch Wetter erlebt? Ich werde nie, nie mehr über das Wetter in Holland klagen, wenn ich hieran denke!“

Er konnte nicht sprechen. Er fühlte, daß jedes Wort, das er jetzt sagen würde, eine Profanierung war gegenüber der Zartheit ihrer Liebe. Er hatte wie ein Wahnsinniger gezwiffelt und sie hatte sich geängstigt — feinetwegen.

„Diebstle“, war das einzige Wort, das er fand. „Diebstle“. . . .

„Du bist natürlich auch ängstlich gewesen?“ fragte sie. „Ich konnte nicht weiterlaufen, ich hatte mir gleich zu Anfang den Fuß verstaucht. Jan hat euch noch gerufen, aber du hast es sicher nicht gehört.“

Cor sah sich um. Der Regen hatte plötzlich aufgehört. Wo waren die anderen? Aha, dort stand Guattiero und sah mit vergnügtem Gesicht nach dem wieder tiefblauen Himmel und nicht weit von ihm Jan und Lu. . . .

Cor sah Annie an.

„Versteht du das?“ fragte er zögernd.

„Ja“, lachte sie. „Du hast natürlich nichts gemerkt, dafür bist du ein Mann, ich nehme es dir nicht übel. Jan, ist hoffnungslos verliebt in Lu. Das habe ich in diesen Tagen bis zum Ueberdruß mitanhören müssen. . . . Aber wenn ich jetzt richtig sehe, dann. . . .“

„Es ist in Ordnung, Annie!“ sagte er. „Sieh nur, es ist in Ordnung! Aber Diebstle“, wurde er plötzlich wieder ernst, „ich muß dir etwas Schreckliches gestehen, nachher, wenn wir zu Hause sind. . . . Wirft du mir glauben, wenn ich dir schwöre, daß ich etwas furchtbar bereue, und daß ich mich dessen schäme, wie ich. . . .“

„Märrischer Mann“, sagte sie, aber ihre Stimme zitterte. Und seine Frau, o Gott, seine eigene Frau, strich ihm über Haar und Kopf und drückte einen Kuß auf seinen Mund.

Und sie lächelten beide, Annie leis und still, und er jugenhaft, als Guattiero aus der Ferne rief:

„Meine Herrschaften, der Sirotto ist vorüber!“



Der Arbeiter

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Wesenspreis halbmöndlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich festlich und zwar mittwochs, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen- genommen. Redaktion: O. M. b. G. Wernigerode, Dampflag 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Meier, O. M. b. G. Wernigerode, für Politik 48. Wirtschaft Arthur Wolfenbutter, für den lokalen Teil Wilhelm Kämmermann, für Bekanntheit Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Bekanntheitszeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Wagnispreis ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht überzähliger Verben- dungs-Gebühren in Höhe von 10 Pfennig erhoben werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Dampflag 48 (Fernruf Nr. 2314). Reichsstadt Wernigerode 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 106

Mittwoch, den 7. Mai 1930

5. Jahrgang

Die Sphinx.

Fragen über allerhand Geheimnisse der Reichswehr.

Im Haushaltsausfluß des Reichstages löste die Sozialdemokratie an dem Reichswehrtrat wegen seiner Undurchsichtigkeit scharfe Kritik.

Abg. Stücken (Soz.)

stellte als Berichterstatter zunächst fest, daß die Ergebnisse des Vorjahres, über die soviel gesprochen worden sei, in Wirklichkeit un- wesentlich wären. In dem neuen Etat würden jene damals ge- richtigen Summen jumeist wieder angefordert. Wirkliche Er- parnisse wären nur möglich, wenn man z. B. die Zahl der Ka- valerie-Regimenter — heute 18 — in ein gebührendes Verhältnis zu der Zahl der Infanterie-Regimenter — heute 21 — brächte und um die Hälfte kürzte. Günstig sei der Zustand eines Abwages beim Wehrministerium selbst. An Arbeitern seien gegenwärtig 7200 hündige und 1300 nichtständige Arbeiter und Ar- beiterinnen beschäftigt. Daß die Reichswehr jetzt schon ihre Waffen nicht mehr selbst bewache — wie der Leipziger Vorfall zeige — gehe zu weit. Die Bewachung müsse Angelegenheit der Soldaten sein. Erforderlich sei vor allem auch, daß eine ausreichende Anzahl Offiziersstellen für aufzudeckende Lücke aus dem Mannschafstande zur Verfügung gestellt würden. Nur so komme frisches Blut in den Offiziersstand, der jetzt bereits nationalsozialistische Zellen zeige.

Abg. Dr. Leber (Soz.)

beschäftigte sich als erster Diskussionsredner einleitend mit den verschiedenen Vorkommnissen des letzten Jahres, der nationalsozialistischen Zellenbildung.

Er fragte den Wehrminister, ob es möglich sei, daß heute noch (entgegen den Informationen des Wehrministeriums) in den Mannschafstärken der Reichswehr und auch in den Disziplinverhältnissen noch ausnahmslos jugendliche Offiziere ausliegen. Er kritisierte ferner den außerordentlich hohen Pferdebestand, die Lastzüge, die für Leistungen wieder drei Millionen Mark mehr angefordert sind und kündigte hier Streichungsanträge an. Dann ging er zu dem ominösen Kapitel 15 (Waffen und Munition) über, kritisierte dieses Kapitel als außerordentlich bedenklich und unübersichtlich. Es sei jenes Kapitel, das am meisten Zweifel hervorgerufen habe an der Möglichkeit des Etats. Denn die rund 75 Millionen Mark, die die deutsche Reichswehr für Waffen und Munition ausgabe, fielen in gar keinem Verhältnis zu den Ausgaben anderer Mächte. Sogar die

alle kaiserliche Armee habe nicht so große Summen gebraucht und gerade diese Zweifel bedürften zu einer außerordentlich wichtigen Frage. Seit Monaten gehe in der Öffentlichkeit hauptsächlich außerhalb Deutschlands die Behauptungen um, daß

Deutschland an illegalen Rüstungen beteiligt sei. Der frühere französische Ministerpräsident Briand habe vor einigen Tagen in einem Geländeaufzug diese Behauptung als eine positive Tatsache hingestellt. Es sei deshalb die Frage berechtigt, wie sich die Reichsregierung zu diesen fortwährenden Behauptungen stelle. Für den Fall, daß irgend etwas Wahres daran sei, wäre herbe Kritik notwendig. Wie wolle die Reichswehr rechtfertigen, daß sie irgend einen Matrosen deswegen entläßt, weil er einmal in einer angeblich kommunizistischen Wirtschaft ein Glas Bier getrunken habe, während ihre

Generäle in kommunizistischen Hauptquartieren Feste feierten.

Wer erntet noch die Frage, wie würde sich eine solche Tatsache zu dem wichtigsten und vornehmsten Recht des Reichstages, dem Etatsrecht, verhalten? Beinahe das Bedenklichste wäre die Schlussfolgerung, daß ein wesentlicher Teil der deutschen Außenpolitik nicht im Auswärtigen Amt liegt, sondern in den Händen der Generäle.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion habe schon im letzten Jahre durch ihren Sprecher, den Abg. Schöpflin, angetrieben, daß sie diese Dinge rückhaltlos durchprüfen und bekämpfen wird. Die Zeit hierfür sei jetzt gekommen. Die sozialdemokratische Fraktion müsse allen illegalen Dingen den schärfsten Kampf ansetzen.

Reichswehrminister Dr. Groener

erklärte, er möge den Etat in seinem bisherigen Umfang unter allen Umständen auch für die Zukunft aufrechterhalten wissen. Es sei selbstverständlich, daß der Reichswehrminister seine Arbeit, so weit sie möglich sei, nur in vollem Einvernehmen mit dem Reichskanzler und dem Wehrminister leiste. Das sei auch mit Reichs- kanzler Müller immer der Fall gewesen. Die Verbeugung in der Reichswehr würde rückhaltlos bekämpft. Es werden keine Mittel gekürzt, um die Zerstückelung des Gehorsams auszumergen. Bemühungen darum, Leute aus dem Mannschafstande zu Offizieren aufzudecken zu lassen, seien schon lange im Gange.

Abg. Wiermann (Soz.)

betonte, daß die republikanische Bestimmung in der Reichswehr entgegen den Bestrebungen des Wehrministers nicht die Fortschritte mache, die notwendig seien. Immer noch seien Verantwortungen von Teilen der Reichswehr mit kaiserlichen Beamten festzustellen. Die Strenge des Ministers bringe einfach nicht nach und nach durch- zahlreiche Kommandeure seien noch in Gedankenängen der mit dem Reichswehr in Verbindung stehenden Zeit befangen. Notwendig sei vor allem die Bekämpfung der Befehlshaber mehr in Er-

Die Rebellion um Schiele?

Noch keine Einigung über das Ostprogramm.

Berlin, 7. Mai. (Ez.) Die Reichsregierung hat sich auch am Dienstag über ihr Ostprogramm noch nicht einigen können. Wiederm wurden die Verhandlungen verlagert. Man will sie heute fortsetzen. Den gestrigen Beratungen wohnte u. a. Reichs- bankpräsident Dr. Cuhler bei. Er war hinzugezogen worden, um als Sachverständiger über die Umfaltungsfrage und die damit bevorzugen Kreditfragen Auskunft zu geben. Wie verlautet, hat man in der Nacht genommene Sozialprogramm noch vor der Sommerpause des Reichstages in Angriff genommen werden.

Das Ostprogramm entwickelt sich mehr und mehr zum Schmerzenskind des Kabinetts Brüning-Schiele. Seitdem man in der Ostfrage von der durch die Regierung Hermann Müller verfolgten Linie der landwirtschaftlichen Rationalisierung abgewichen ist, gerät man vollends in die Labirynthe und die Strudel einer großagra- rischen Subventionenpolitik.

Die Forderungen der Großgrundbesitzer steigern sich von Tag zu Tag und mit Beklemmung und Bedenken scheint man sich selbst im Kabinett zu fragen, wie das alles einmal enden soll. Man weiß, daß man dem Ostprogramm keinen volkswirtschaftlichen Sinn, den es anfangs hatte, genommen hat; man weiß, daß die Konzeption an den Großgrundbesitz auf Kosten der gesamten Landwirtschaft, insbesondere der mittleren und kleineren Betriebe, gehen und daß am Ende des ganzen Spiels ein wirtschaftliches Debakel und der Zusammenbruch der großagrarisches Politik lauert. Wahrscheinlich sind aus solchen Bedenken heraus trägt man sich im Kabinett mit dem Gedanken, vorerst ein Teilprogramm zu schaffen, das über den Sommer hinweggehen soll. Am Herbst soll dann das endgültige Programm mit der Erfüllung der wesentlichen groß- agrarischen Forderungen folgen. Mit diesem Planwechsel hofft man, dieses aus den verschiedenen, sich widersprechenden Elementen zusammengesetzte Kabinett wenigstens bis zum Herbst beizubehalten und die wichtigsten Stützen dieser Regierung, die Groß- agrarier, zufrieden zu stellen.

Während das Kabinett mit dem Ostprogramm seine Räte hat, rebellieren die Hilfstuppen Schiele's bereits. In den großagrarisches Organisationen ist man äußerst aktiv. Man hält Versammlungen und Sitzungen ab und läßt Resolutionen, in denen der „Führung“ d. h. dem Reichsernährungsminister Schiele mit dem Präsidium der Grünen Front „Unklarheit in der Haltung“ bezeugt wird. Die Entschlüsse sind von der Art, daß die den Großagrariern überstößigste Bestreben „Schiele's „Führung“ aus dem Amt zu entfernen und die Großagrarisches wieder geordneten Ausstritt aus dem Landbund vorziehen. Man prüft von der Unzufriedenheit in der Grünen Front und man den Zusammenbruch dieser landwirtschaftlichen Einheitsorganisation, die unter vielen Mühen und mit vielen Kosten — es wurden auch Staatsgelder dafür ausgemorren — zur Ratio- nalisierung der Landwirtschaft zusammengebracht worden ist, an die Wand.

Zweifellos ist Schiele ein Mann, der während seiner agita- torischen Taten gerade dem Großgrundbesitz bereit hemmungs- losen Zusage gemacht, daß es ihm jetzt teuer fällt, sie zu er- füllen. Die Gegensätze zwischen der Theorie und der Praxis dieses Großagrariers werden jetzt, wo er zur Macht gelangt ist, allzu sichtbar und die Anhänger Jugenbergs und die Nationalsozialisten tragen nach Kräften dazu bei, die Landbinde rebellisch zu machen. Soweit ist die Entrüstung, die aus den oben erwähnten Resolutionen resultiert, echt. Die Zahl der wirklich Entrüsteten unter den Groß- agrariern dürfte aber ziemlich gering sein. Schiele hat bisher im Kabinett Brüning, wie man sagt, Riegel mit Köpfen gemacht. An dieser Regierung hat die Großlandwirtschaft am meisten profitiert und wenn die Großagrariere den Erfolg der merkwürdigen Brü- ning'schen Regierungskünste einheimchen, müssen sie wohl, wie sie das zu verbaten haben. Für Spedoll, der bei den Großagrariern immer vor Nationalpolitik kommt, ist Schiele eben der zukünftige Mann. Es fällt diesen Leuten in Wirklichkeit nicht ein, diesem Mann im Kabinett erschieße Schwierigkeiten zu machen und ihm Unannehmlichkeiten zu bereiten. Sie wissen, was von ihm für ihre materiellen Interessen und Wünsche abhängt. Sie drohen wohl in Resolutionen und Entschlüssen, sie konfirmieren Kräfte in der Grünen Front und sprechen in ihren Blättern von einem Verfall der Regierung. Aber alle diese Resolutionen und Entschlüssen sind von neuen Forderungen begleitet. Man wird schon das Richtige erkennen, wenn man annimmt, daß man Unzufriedenheit in der Grünen Front vortäuschen will, um weitere Forderungen zu stellen. Die Grünen Front des Großagrariers durchzuführen. Diese haben unter dem Regime Brüning-Schiele ihr Schicksal ins Trockene gebracht. Sie denken gar nicht daran, ihre Leute zu ge- wärtigen und warten auf neue Subventionen durch das Ostpro- gramm. Je unzufriedener man sich stellt, je geharnischter die Re- solutionen klingen und je mehr man auf die Unklarheit in der Haltung der Führer schimpft, desto mehr erwartet man von dem Ostprogramm. Wir halten die „Krise“ in der Grünen Front für nichts anderes als für einen taktischen Zug. Man will das Rie- gens Schiele's, des Vertreters der großagrarisches Interessen im Kabinett, durch dieses Spiel fällen.

Eisher wurde in einem Augenblick, wo Schiele beispielsweise die Energie nur auf dem Papier erhebt, weil man die deutsch- landwirtschaftlichen Handelsvertrag fürs erste nicht kündigen kann, die Lieberabstatten in der Landwirtschaft auf ihre Richtung kommen.

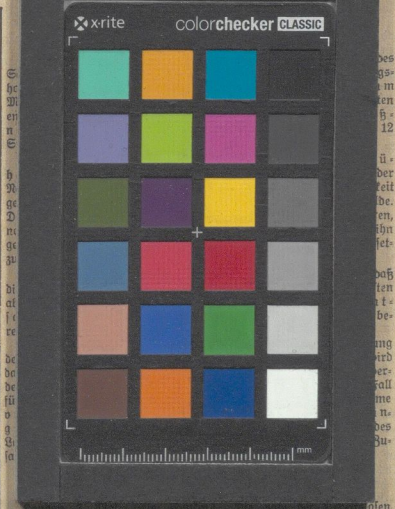
Die Mieter fordern.

Der große Reichsausschuß des Bundes deutscher Mietervereine hat am 3. und 4. Mai in Dresden zwei Entschlüssen zur Frage des Wohn- und Mietrechtes und zur Finanzreform gefaßt. Die erste Entschluß bedauert die vom Reichstag beschlossene Kürzung der Laufzeit der Mietrückzahlungen. Die deutsche Mieterfront müsse angesichts des großen Einflusses der Hausbesitzer im jetzigen Reichs- kabinett sorgfältig darüber wachen, daß nicht auf dem Verordnungswege Verkürzungen der Mietrückzahlungen durchgesetzt werden. Offene oder verdeckte Mietsteigerungen müßten bekämpft werden, da nachweislich die jetzige 12prozentige Preis- dachmiete die Hausbesitzerschaft vollkommen deckt. Die An- forderung der Hausbesitzer an die Mietern sei durchzuführen, da heute schon Neubauwohnungen leer ständen, weil die Miete für den größten Teil des Volkes unerschwinglich sei. Von der Reichs- regierung wird die baldige Vorlegung eines Heimstättenengesetzes (Wohnungsreformgesetz) entsprechend den Vorschlägen des Bun- des deutscher Mietervereine verlangt.

Bei der künftigen Finanzreform sei die durch die Abwertung der Hypotheken entstandene Militärentschädigung des Hausbesitzes als Steuerquelle zur Förderung der sozialen Wohnungswesen- baues heranzuziehen; jeder Wohn- der Hauszinssteuer müsse mit der entsprechenden Herabsetzung der gewöhnlichen Miete ver- bunden sein, die Wertersatzwertsteuer müsse die arbeitslosen Geminne beim Verkauf von Grundstücken erfüllen, zur Finanzierung des Wohnungsneubaus sei der Gesamtsteuerertrag der Haus- zinssteuer zur Verfügung zu stellen.

Neue Regierungspräsidenten.

Der Provinzialausschuß der Provinz Brandenburg hat heute gegen vier Stimmen den Vorschlägen der Staatsregierung zugestimmt, nach denen der bisherige Vizepräsident der Regierung in Gumbinnen, Dr. F i g n e r, der der Sozialdemokratischen Par- tei angehört, zum Regierungspräsidenten in Frankfurt (O.) und der bisherige Regierungspräsident J a n i t z, in Breslau, der Demotist ist, zum Regierungspräsidenten in Potsdam ernannt worden sind.



Das Bild zeigt eine Farbkorrekturtafel (ColorChecker) mit einer Rasterstruktur aus farbigen Quadraten und einer Maßstabskala am unteren Rand. Die Tafel ist mit 'xrite colorchecker CLASSIC' beschriftet.